

28.02.2024

Was muss das Volk
vom dritten
Geschlecht

wissen!

Eine Aufklärungsschrift
herausgegeben vom
wissenschaftlich-humanitären
Comitee.

Mit Illustrationen.



Verlag von Max Spohr in Leipzig.

LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

**GENDER IM DISKURS.
GESCHLECHTERFRAGEN
UND GESELLSCHAFTLICHE
ORDNUNGEN**



INHALT

ZUR DISKUSSION

| | |
|---|-----------|
| „Er die Eiche, sie der Efeu“ – Die Geschlechtscharakterdebatte um 1800 | <u>11</u> |
| Man wird nicht als Homosexuelle_r geboren, man wird es?! Diskurse um Homosexualität_en im Deutschen Kaiserreich um 1900 | <u>21</u> |
| Ob Frauen denken können? Zur Debatte um das Frauenstudium | <u>30</u> |
| Rede anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023 im Thüringer Landtag | <u>37</u> |
| Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Feindbild – und als Brücke zwischen rechten und dogmatisch- religiösen Akteur:innen | <u>45</u> |
| Ein Abgrund, der uns trennt. Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen für queere Jüdinnen*Juden | <u>53</u> |
| Am Roundtable: Gender im Diskurs | <u>59</u> |

INHALT

— **EMPFEHLUNG COMIC**

„Der Ursprung der Liebe“ – Genderdebatten in Comics

72

EMPFEHLUNG MUSEUM

Perverse Geschichte(n) – Das Schwule Museum als Ort emanzipatorischer Debatten, Kontroversen und Transformation

82

EMPFEHLUNG AUSSTELLUNG

„Gemeinsam sind wir unerträglich“: Wanderausstellung zur unabhängigen Frauenbewegung in der DDR

87

Liebe Leser*innen,

„ob Frauen denken können“? – Diese Tatsache stellten zahlreiche gebildete Männer noch vor gut hundert Jahren in Frage und machten sie zum Gegenstand einer hitzigen Debatte. Das mutet aus heutiger Perspektive nicht nur grotesk an, sondern mag vielleicht auch deshalb verwundern, da aktuell mitunter der Anschein erweckt wird, als seien Debatten über Geschlecht und Gender Ausdruck eines Zeitgeistes, einer *woken* linksliberalen Diskussionskultur.

Die Auseinandersetzung über die Fragen, wie die Geschlechter zueinander stehen und wie diese gesellschaftlich determiniert und interpretiert werden, wurde lange Zeit von Männern bestimmt. Dabei dienten die historisch unterschiedlich fundierten Geschlechterkonstruktionen auch dazu, gesellschaftliche Ordnungen zu stabilisieren, insbesondere in Zeiten von Krisen bzw. in Reaktion auf sie. Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins möchte Einblicke in historische Debatten und deren Verlauf gewähren und dadurch die aktuell mitunter aufgeregt geführte Auseinandersetzung über Gender kontextualisieren.

Hannah Lotte Lund beginnt damit Ende des 18. Jahrhunderts und zeichnet nach, wie und mit welcher langfristiger Wirkung die Kategorie Natur in die Debatten über die Geschlechter eingeführt wurde.

Tanja Gäbelein zeigt auf, wie Homosexualitäten im Deutschen Kaiserreich verhandelt und diese Zuschreibung als Instrument der Machtausübung eingesetzt wurden.

Die Frage, „ob Frauen denken können“, war eines der Instrumente, um Frauen den Zugang zu Hochschulen zu verwehren. Die Auseinandersetzung und wie es doch gelang, zeichnet *Elke Blumberg* nach.

Die Rede, die *Stefanie Schüler-Springorum* anlässlich des Gedenktags an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023 im Thüringer Landtag gehalten hat, ruft in Erinnerung, dass gerade der queeren Opfer des Nationalsozialismus lange Zeit nicht gedacht wurde.

Dass sexuelle Vielfalt auch heute noch als Feindbild dient und für welche Gruppen es Mobilisierungspotenzial bietet, erläutert *Gert Pickel*.

Monty Ott weist darauf hin, dass es die Aufgabe der globalen Linken gewesen sei, in Reaktion auf das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 die intersektionale Verschmelzung von Antisemitismus und sexualisierter Gewalt bzw. Antifeminismus zu benennen.

An einem digitalen Roundtable unternehmen *Christina Wolff*, *Sigrid Roßteutscher* und *Hannah Lotte Lund* den Versuch, gemeinsame Argumente und Mechanismen in Geschlechterdebatten zu identifizieren, Differenzen auszuloten und zu ergründen, warum das Thema gesellschaftlich oftmals so aufgeregt diskutiert wird.

Comics und Graphic Novels thematisieren Geschlechterfragen auf vielschichtige und zugleich zugängliche Art und Weise. *Sabrina Pfefferle* analysiert diesen Zugang zum Thema. Dabei stellt sie „Der Ursprung der Liebe“ von Liv Strömquist ins Zentrum.

Das Schwule Museum als Ort kontroverser (Selbstverständigungs-)Debatten und als Impulsgeber stellt *Heiner Schulze* vor.

Die Ausstellung „Gemeinsam sind wir unerträglich“ verhandelt unterschiedliche Facetten der unabhängigen Frauenbewegung in der DDR. Einblicke in die Ausstellung und ihren Katalog gibt *Sabrina Pfefferle*.

Wir freuen uns sehr, dass wir die vorliegende Ausgabe in Kooperation mit dem Berliner Standort des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin umsetzen konnten und bedanken uns herzlich für die Förderung!

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint voraussichtlich am 20. März. Sie widmet sich dem Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten bei der Körber-Stiftung und der historischen Forschung von Schüler*innen als geschichtskulturelles Kapital.

Abschließend noch ein Aufruf in eigener Sache: Das LaG-Magazin erscheint seit mehr als 10 Jahren kostenlos auf unserem Bildungsportal „Lernen aus der Geschichte“. Seitdem ist die technische Infrastruktur der Website nicht erneuert worden. Deshalb benötigt unser Portal einen Relaunch, um technisch auf dem aktuellen Stand zu sein und den Dynamiken der Digitalisierung gerecht werden zu können: Wir werden das Portal für die heutigen Seh- und Nutzungsgewohnheiten optimieren, die Interaktion für Benutzer*innen ebenso erleichtern wie die Anmeldung für neue Abonnent*innen des LaG-Magazins. Vor allem aber können wir so weiter Beiträge auf dem Portal und das LaG-Magazin kostenlos zur Verfügung stellen! Doch dafür sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie uns über eine [Spende](#)!

Wir wünschen allen Leser*innen eine anregende Lektüre!

Ihre LaG-Redaktion

Vorwort

von Hannah Lotte Lund, Projektleiterin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) an der Technischen Universität Berlin.

Geschlechterdebatten scheinen so alt wie Adam und Eva – auf die sich bis heute ja auch immer wieder berufen wird, als biblische oder einfach ‚uralte Ordnung‘ der Welt. Zugleich sind sie topaktuell und man kann mit einigem Recht die Frage stellen: Warum wird darüber jetzt so heiß debattiert? Was man aus der Geschichte dieser Debatten lernen kann, ist zunächst, dass die Geschlechterfrage Konjunkturen hat. Seit der Frühen Neuzeit waren Geschlechtsunterschied bzw. -charakteristika und Aufgaben von Frau und Mann ebenso Themen für die europäische Gelehrtenrepublik wie für Alltagsauseinandersetzungen. Die neuere Forschung spricht von den *Querelles des Femmes* als eine die Frühe Neuzeit durchziehende Streitgeschichte zwischen den Geschlechtern und über die Rollen der Geschlechter. Debatten, die in Wort und Bild ausgefochten wurden, und deren Schwerpunkte sich von Epoche zu Epoche veränderten.

Auch in der Moderne kommt es immer wieder zu auffallenden diskursiven Verdichtungen, in denen das Thema die Gesellschaft beschäftigt, oft in Spannung zu gesellschaftspolitischen Umwälzungen (oder von diesen ablenkend) und nicht selten mit weitreichenden Folgen. So formierte sich im Umfeld der Französischen Revolution – bei dem Versuch, zumindest die „natürliche Ordnung“ der Geschlechter zu stabilisieren – eine europaweite Debatte, die grundlegende Theorien für die bürgerliche Geschlechterordnung des 19. Jh. entwickelte. Zeugnis der historischen Debatten geben die verschiedensten Medien, schöne Literatur und Lyrik ebenso wie Bilder und Karikaturen, theologische oder wissenschaftliche Untersuchungen und polemische Texte.

Wenn die feministische Forschung diese kontroversen Auseinandersetzungen auf die paradoxe Formel vom „heißen Streit um kalte Ordnung“ bringt, heißt das: Nicht nur gerieten hier scheinbar entfernte Disziplinen miteinander ins Gespräch, sondern hinter vermeintlich klaren Argumenten ging und geht es auch immer um Machtverhältnisse: „[G]estritten wird sichtbar über die physische Ausstattung des weiblichen Körpers, [...] die moralische Ausstattung der weiblichen Seele [...] die kognitive Ausstattung des weiblichen Gehirns. Gestritten wird unsichtbar über die Ausstattung des Mannes, über die Ordnung dieser Ausstattung dieser Geschlechter, über Geschlechterordnung, über Weltordnung“ (Hassauer 2008: 15).

Fragt man nach dem Anlass dieser Auseinandersetzungen, lässt sich feststellen, dass die Debatten oft Indikatoren für eine Gesellschaft im Umbruch bzw. im Prozess der Selbstverständigung waren. Dabei wurden über „Genderfragen“ Normen und Zugehörigkeiten (neu) ausgehandelt. Oft entstanden – und entstehen – Geschlechterdebatten in Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen oder um Emanzipationsprozesse aufzuhalten.

Geschlechterdebatten können instrumentalisiert werden, zur Ab- oder Umlenkung von Diskursen. Dass etwa in einer gesellschaftlichen Krisensituation „nicht auch noch“ die Geschlechternormen ins Wanken geraten sollen, ist ein geschichtlich verbreiteter Wunsch. Über die Jahrhunderte kam es zur Positionsverschiebung: von der Stellung von Frau (und Mann) in der Welt (definiert nach gesellschaftlichem Stand, Schicht und Bibelversen) verlagerte sich die Kernfrage zu der nach der Stellung der Frau in Relation zum Mann. Die diskursive Gegenüberstellung von zwei Geschlechtern und ihre Charakterisierung in Gegensatzpaaren wurde dabei immer wieder – und oft auf dem jeweilig neuesten Stand der Wissenschaft – dazu verwendet, „das schwächere Geschlecht“ in familiär oder gesellschaftlich untergeordneter Position zu halten.

Interessant an den *Querelles des Femmes* ist auch, dass diese Debatten lange nur wenig erforscht wurden – und wenn, dann im Zusammenhang mit berühmten Namen wie Rousseau oder Humboldt, oder progressiv als Beispiel für frühen Feminismus. Erst seit Ende der 1990er Jahre gibt es fachübergreifende Forschung zu den Wissensordnungen, den Verläufen und neuerdings den Foren der Debatten. Hier war die Diskursmacht ungleich verteilt, da die Öffentlichkeit(en) für Frauen nicht in gleichem Maße zugänglich war(en).

In aktuellen Debatten spielt der Umgang mit einer Vielzahl von Geschlechtern bzw. geschlechtlichen und sexuellen Identitäten eine zentrale Rolle. Aber auch diese Auseinandersetzung ist nicht neu. Vielmehr hatte sie Vorläufer, ausgelöst etwa durch die von Magnus Hirschfeld vor gut 100 Jahren entwickelte Theorie der „sexuellen Zwischenstufen“. Die auf dem Cover des vorliegenden LaG-Magazins abgebildete Broschüre sollte die Bevölkerung des Kaiserreichs über Homosexualität aufklären, die „das Dritte Geschlecht genannt“ wurde, um zu verdeutlichen, dass dies eine eigene und natürliche Identität sei (nicht wie bis dahin formuliert eine „unnormale“). Diese Theorie geschlechtlicher Vielfalt fiel wie die internationale Debatte über Sexualitäten mit dem radikalen Bruch der NS-Geschlechterideologie dem Vergessen anheim.

Unser Heft gibt einen Einblick in ausgewählte historische und aktuelle Geschlechterdebatten, in denen sich wissenschaftliche, kultur- und identitätspolitische Diskurse mischen. Einerseits sollen sich in einer geschlechtergerechten Sprache Diversitätsideale der Gesellschaft abbilden. Andererseits ist die Kategorie Geschlecht eine politische Kampfzone geworden. Nicht nur die sogenannte Neue Rechte ist maßgeblich daran beteiligt, die „natürliche Geschlechterhierarchie“ als vorgebliche Normalität und als Garant gesellschaftlichen Zusammenhalts gegen „liberalen Zeitgeist“ oder „Genderwahn“ zu verteidigen. Das Thema Gender verdeckt andere gesellschaftliche Spannungen

und Ungleichbehandlungen. Auch die jüngste Debatte über Queeres Erinnern und die geschlechtliche Vielfalt in der Erinnerungspolitik zeigt, wie über Geschlechterdebatten nicht nur Privilegien und Machtverhältnisse verhandelt werden, sondern ebenso gesellschaftliche Normen und wer dazugehört oder eben nicht. Oder wie das Thema genutzt werden kann, um Front zu machen gegen vermeintlich „Andere“.

Ein Lernergebnis aus diesen Debatten ist, dass Geschlecht gemacht und mit Machtfragen verbunden ist. Dem setzen wir als Motto ein Zitat von Magnus Hirschfeld, einem historischen Vorkämpfer geschlechtlicher Vielfalt, entgegen: „Menschen sind, wenn überhaupt etwas, dann von Natur an ungleich.“

Herzliche Einladung zur Debatte!

LITERATUR



Hassauer, Friederike: Einleitung, in: dies.: (Hrsg.): Heißer Streit und kalte Ordnung. Epochen der Querelle des femmes zwischen Mittelalter und Gegenwart, Göttingen 2008, S. 11–48.

„Er die Eiche, sie der Efeu“ – Die Geschlechtscharakterdebatte um 1800

Hannah Lotte Lund

„Will das Weib eine Gelehrte von Profession sein, so muss es auf den Namen der Gattin und Mutter und noch mehr der Hausfrau Verzicht leisten. Verbieten kann ihm dies Niemand als – die Natur“ (Anonym in Holst 1984 [1802]: 142; Hervorhebung i.O.).

Diese Äußerung zum Buch einer Autorin zeigt zugleich, wie der ‚ideale weibliche Wirkungskreis um 1800‘ beschrieben wurde, als auch ein Regulativ an, das jetzt neu in die Debatte eingebracht wurde: die Natur.

Von etwa 1770 bis 1820 kam es im deutschsprachigen Raum zu einer auffälligen diskursiven Verdichtung, einer Zunahme von Veröffentlichungen und Bezugnahmen zahlreicher Autor*innen, die über Geschlecht schrieben, aufeinander, so dass von einer spezifischen „Geschlechtscharakteristik der Goethezeit“ oder der „Geschlechtscharakterdebatte“ gesprochen wird (vgl. Hoffmann 1983). Diese Debatte lässt sich als Indikator und Stabilisator einer Welt im Umbruch lesen: Im Zeitalter der Aufklärung und Emanzipation waren zunächst Menschenbilder und Gesellschaftsverträge neu diskutiert und verhandelt worden, doch nach den Umwälzungen der Französischer Revolution, Krieg und Restauration sowie der Auflösung der Ständeordnung kam es bei der verstärkten Suche nach alternativen Ordnungsmechanismen oft zur Berufung auf die Natur.

DIE IDEOLOGIE DER „GESCHLECHTSCHARAKTERE“

Der Begriff Geschlechtscharakter bezeichnet ein in dieser Zeit entwickeltes Denkmodell, nach dem das biologische Geschlecht einer Person Auswirkungen auf ihre körperliche und moralische Konstitution und damit Konsequenzen

zen für ihre Rolle in der Gesellschaft habe. Bis weit ins 18. Jahrhundert hatte die „göttliche“ (also biblisch-kirchlich vorgegebene) Ordnung weitgehend als Fundierung für die Festlegung von Geschlechterrollen gedient, jetzt las man sie von der Natur ab. In der prägnanten Formulierung eines beteiligten Juristen: „Ist nicht das Weib kleiner, zarter, schwächer geformt? [...] Stärke ist nicht die Gabe der Weiber. Sie können daher nicht beschützen, folglich sind sie nicht zum Herrschen gemacht“ (Brandes 1787: 39f.). Zugespitzt formuliert: Um 1800 entwickelte sich eine „Legende der Naturauslegung“, die bis heute Wirkung zeigt (Honegger 1991: ix).

Die Liste der an dieser Debatte Beteiligten liest sich wie ein *Who is Who* der Wissenschaft und Kultur der damaligen Zeit, von Kant bis zu Humboldt und Hegel, von Chodowieckis Bildern zu Schillers Gedichten, von Lichtenbergs Satiren zu Schleiermachers Katechismus. Aber auch Juristen, Mediziner und Politiker waren beteiligt. Die fast durchgängig männliche Berufsform ist der Zeit immanent, da Frauen eine höhere Bildung oder Berufsausbildung weitgehend verschlossen war – umso höher ist zu schätzen, dass Frauen, was lange übersehen wurde, sich dennoch an der Debatte beteiligten.

Deren disziplinäre und thematische Vielfalt äußerte sich unter anderem in physiologischen Theorien zur Gehirngröße oder dem Einfluss des Uterus, kulturhistorischen Überlegungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft, Traktaten zur Erziehung und – deutlich seltener – Plädoyers für die Ausweitung der Bürgerrechte auf Frauen. Die Zentrierung auf sogenannte Frauenfragen ist historisch determiniert, denn, obwohl Charakteristika und Rollen beider Geschlechter zur Debatte standen, fokussierte die überwiegende Mehrheit der Texte auf eine ‚natürliche‘ Festlegung der Frau. Auch im literarischen Diskurs überwogen die Präsentationen des Weiblichen.

ETAPPEN DER DEBATTE

Interessant ist im Hinblick auf ihre Nachwirkung im sogenannten bürgerlichen Geschlechterbild, das das 19. Jahrhundert und in Teilen unsere Gesellschaft bis heute prägt, dass die Geschlechtscharakterdebatte in der Aufklärung

mit progressiven Texten begann. Mittelalterliche Ehevorstellungen und biblische Texte wurden in ein kritisches Licht gerückt, und etwa „die Trennung unglücklicher Ehen“ verteidigt (Hupel 1771). Zum Frauenbild der Frühaufklärung gehörte auch die Förderung weiblicher Gelehrsamkeit als Beweis der Vernunft in allen Seelen. Unterschiedliche Aufgaben oder „Sphären“ für die Geschlechter wurden zunächst als Lebensrealität oder Wunschdenken, aber nicht als Naturgesetz thematisiert. So mahnte etwa Adolph von Knigge in einer Anleitung zum Benehmen in Gesellschaft, dass ihn als Gentleman oft „Fieberfrost“ überfalle in der „Gesellschaft einer Dame [...], die große Ansprüche auf Schöngesteirey, oder gar auf Gelehrsamkeit macht. Wenn die Frauenzimmer doch nur überlegen wollten, wie viel mehr Interesse diejenigen unter ihnen erwecken, die sich einfach an die Bestimmung der Natur halten, und sich [...] durch treue Erfüllung ihres Berufs auszeichnen! Was hilft es ihnen, mit Männern in Fächern wetteifern zu wollen, denen sie nicht gewachsen sind“ (Knigge 1977 [1788]: 201). Hier wird eine feine Trennlinie zwischen den „Berufen“ der Geschlechter eingeführt und höhere Bildung bzw. Gelehrsamkeit als Männerbereich definiert; Frauen mache eine solche überdies unattraktiv.

Ähnlich im Bestseller der Spätaufklärung des Pädagogen Joachim Heinrich Campe, der im Buch „Väterlicher Rath für meine Tochter“ die freiwillige Unterwerfung der Tochter forderte, da ihr Geschlecht „nach unserer jetzigen Weltverfassung in einem abhängigen und auf geistige sowohl als körperliche Schwäche abzielenden Zustande lebt.“ Zur Beschreibung seines Ideals nutzte er eine Naturmetapher – „Er die Eiche, sie der Efeu“ – und riet: „Geduld erträgt, was nicht zu ändern ist; Sanftmuth entwaffnet den männlichen Starrsinn durch milde Freundlichkeit [...] und Gewöhnung an Selbstverläugnung giebt zu allem die erforderliche Seelenkraft“ (Campe 1791: 21, 188).

Mit Theodor Gottlieb von Hippels „Über die Bürgerliche Verbesserung der Weiber“ erschien 1792 erstmals ein Plädoyer für die Staatsbürgerrechte für Frauen. Der Autor rief zur „Zerstörung der galanten Bastillen, der [...] bürgerlichen Verließe“ auf und benannte so die Verbindung zwischen politischer und häuslicher Neuordnung (Hippel 1977 [1792]: 17f.). Hippel sah den wesentlichen Unterschied der Geschlechter in der unterschiedlichen Erziehung, nicht in



Die gelehrte Frau. 1802.
Ramberg, Johann Heinrich,
1763-1840. © Landesmuseum
Hannover – ARTOTHEK,
Bildnummer: 35405

der Verschiedenheit des Wesens begründet. Entsprechend könne eine Änderung der Umstände auch die Fähigkeiten erweitern: „Man räume ihnen Kanzeln und Lehrstühle ein, und es wird sich zeigen, ob sie [...] nicht ebenso gut unsere Überzeugung zu gewinnen wissen“ (Hippel 1977 [1792]: 151).

Ähnlich hatte die englische Feministin Mary Wollstonecraft 1790 zunächst eine Verteidigung der Französischen Revolution und der Menschenrechte veröffentlicht, der sie 1792 eine „Vindication of the Rights of Woman“ folgen ließ, die im Wesentlichen auf eine verbesserte Erziehung der Frau als vernunftbegabtem Wesen abzielte. In Frankreich hatte kurz zuvor und ähnlich pointiert die politische Autorin Olympe de Gouges angemerkt, dass Frauen, die das Recht hätten, das Schafott zu besteigen, auch das Rednerpult besteigen dürfen müssten, und „Frauenrechte als Menschenrechte“ eingefordert (vgl. Bock 2009). Dass sie 1793 selbst hingerichtet und lange vergessen wurde, war keine Ironie der Geschichte, sondern ein sichtbares Zeichen dafür, dass politische Einmischung von und für Frauen nicht erwünscht war. Zugleich markiert es den Beginn einer diskursiven Wende: Die daraufhin einsetzende Abwehrhetorik der konservativen Theoretiker ist bezeichnend, weil diese sich weniger auf die Begründung, das Argument der gleichen Fähigkeiten oder Rechte, als auf die Konsequenz der Forderungen, eine gefürchtete gesellschaftliche Unruhe, bezogen und deshalb ihre deutschen Leserinnen gern auf das Schicksal verwiesen, das einer zu emanzipierten Frau blühen könne, wie eben Olympe de Gouges. Auf bildlicher Ebene äußerten sich solche Warnungen vor Grenzüberschreitungen etwa in Karikaturen arbeitender oder schreibender Frauen, deren Haushalt im Chaos versinkt.

»In Frankreich hatte die politische Autorin Olympe de Gouges angemerkt, dass Frauen, die das Recht hätten, das Schafott zu besteigen, auch das Rednerpult besteigen dürfen müssten.«

1794/1795 bekam die Debatte durch die Veröffentlichung ganz unterschiedlicher Werke eine andere Stoßrichtung. Jedes für sich propagierte die Polarität der Geschlechtscharaktere: Wilhelmine Karoline von Wobeser veröffent-



Illustration of Friedrich Schiller's „Song of the Bell“ (German: „Das Lied von der Glocke“), 19. Jahrhundert, Hans Kaufmann, München. Quelle: [Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Und_drinnen_waltet_die_zuechtige_Hausfrau.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Und_drinnen_waltet_die_zuechtige_Hausfrau.jpg)

lichte den Erfolgsroman „Elisa oder das Weib wie es seyn sollte“, ein ironiefreies Hohelied auf die Entsagung. Dessen Protagonistin appellierte an das weibliche Geschlecht: „Warum sollten Sie nicht das in Ihrer Sphäre werden, was der Mann in der seinigen ist?“ (von Wobeser 1990 [1795: vii]. Wilhelm von Humboldt wiederum schrieb zwei anthropologische Beiträge, „Über den Geschlechtsunterschied und dessen Einfluß auf die organische Natur“ und „Über die männliche und weibliche Form“, in denen er explizit den Unterschied der Geschlechter wissenschaftlich aus einer Naturtheorie herzuleiten versuchte, wonach die Natur vom „Widerstreit der Kräfte“ lebe, also immer zwei unterschiedliche Kräfte brauche. So sei „auch jede Zeugung eine Verbindung zweier verschiedener ungleichartiger Principien“ (von Humboldt 1903 [1794]: 322, 316): „Hier nun beginnt der Unterschied der Geschlechter. Die zeugende Kraft ist mehr zur Einwirkung, die empfangende mehr zur

Rückwirkung gestimmt. Was von der erstern belebt wird, nennen wir männlich, was die letztere beseelt, weiblich. Alles Männliche zeigt mehr Selbstthätigkeit, alles Weibliche mehr leidende Empfänglichkeit“ (Humboldt 1903 [1794]: 319; Hervorhebung i.O.). Obzwar Humboldt beide Kräfte als gleichwertig empfand, schuf er durch die Zuordnung von Eigenschaften zu den Begriffen männlich und weiblich eine implizite Wertigkeit. Den Werkstatt-Charakter dieser Debatte verdeutlicht die Korrespondenz Wilhelm von Humboldts mit Friedrich Schiller, die in unterschiedlichen Textformen versuchten, eine Einteilung der Welt in zwei Sphären überzeugend zu gestalten. Aus ihrem Briefwechsel lässt sich die Fortentwicklung des Modells genau ablesen: Wie viele Leser*innen fand Schiller Humboldts Texte zu abstrakt, und entwarf – zur Popularisierung des Modells – mehrere Gedichte, die die Welt in zwei „Herrschaftsbereiche“ teilten. Am bekanntesten ist das „Lied von der Glocke“: „Der Mann muss hinaus ins feindliche Leben [...] Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau“.

Während Humboldt die Geschlechter als notwendig gegensätzlich, aber aufeinander bezogen betrachtete (Polarität) und ihnen eine prinzipielle Gleichwertigkeit zugestand, zeigte Johann Gottlieb Fichte, wie man aus dem vermeintlichen Geschlechtergegensatz eine rechtliche Unterordnung der Frau herleiten konnte. In seinem „Grundriß des Familienrechts“ betrachtet er die Fortpflanzung ebenfalls als Grundprinzip der Natur, und erkennt jedem Geschlecht einen Naturtrieb zu, dem Mann den allgemeinen Geschlechtstrieb, der Frau die Liebe und damit die „Unterwerfung“: „Die Ruhe des Weibes hängt davon ab, daß sie ihrem Gatten ganz unterworfen sei, und keinen andern Willen habe, als den seinigen“ (Fichte 1970 [1797]: 103). So wurde die rechtliche Ungleichheit durch eine (pseudo)biologische Begründung untermauert.

Fichte, und in dieser Interpretation auch Humboldt, sind nur zwei prägnante Vertreter eines um 1800 weit verbreiteten „Dreischritts“ der Geschlechterhierarchie, durch den eine Physik der Gleichheit über einen „sophistischen Salto mortale zur Metaphysik der sozialen Ungleichheit“ wird. Zwar seien, erstens, die Geschlechter von Natur verschieden, aber gleichwertig; da jedoch zweitens das männliche Geschlecht stark und das weibliche schwach sei, bräuchten drittens die Frauen Schutz und Anleitung der Männer (Lange 1992: 421f.).

Es soll an dieser Stelle betont sein, dass das, was sich heute wie ein maskulinistischer Blogbeitrag liest, um 1800 als Theorie und auch als Herrschaftsideologie (Hausen 1976: 377) diskursiv absichtsvoll entwickelt wurde. Denn trotz romantisch-freiheitlicher Gegenentwürfe, etwa Friedrich Schlegels Begriffspaar von „sanfter Männlichkeit“ und „selbstständiger Weiblichkeit“, oder der Parodien seines Bruders, der Schillers Vers „Ehret die Frauen, sie flechten und weben/Himmlische Rosen ins irdische Leben“ in die Realität übersetzte: „Ehret die Frauen, sie stricken die Strümpfe“ (Schlegel 1846 [1796]: 171), wurde das polare Geschlechterbild – also das Konzept zweier aufeinander bezogener, sich ergänzender Geschlechter, die zur Perfektionierung des Systems verschieden sein müssen, – letztlich das Erfolgsmodell. Über die traditionelle Differenzierung der Geschlechter hinaus war der Ge-

»Was sich heute wie ein maskulinistischer Blogbeitrag liest, wurde um 1800 als Theorie und auch als Herrschaftsideologie diskursiv absichtsvoll entwickelt.«

schlechtsunterschied „nach innen“ verlegt in das „Wesen“ der Menschen und dabei zugleich mit verschiedenen Lebenssphären „natürlich“ verbunden worden.

Es lässt sich, unter anderem anhand von Lexikoneinträgen, nachzeichnen, dass die um 1800 erstmals eingebrachte „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ (Hausen 1976) im 19. Jahrhundert bald Teil der Allgemeinbildung wurde. Noch im 20. Jahrhundert findet sich in Meyers Großem Konversationslexikon ein Eintrag „Geschlechtseigenthümlichkeiten“, der pauschal polarisiert: „Beim Weib behaupten Gefühl und Gemüt, beim Manne Intelligenz und Denken die Oberhand“ (zit.n. Hausen 1976: 365). Und noch heute wird, etwa in manchen kirchlichen Zusammenhängen, konstatiert: „Zur Schöpfungsordnung gehört die Geschlechterpolarität“ (Bistum Regensburg 2021). Vor allem Schillers „Lied von der Glocke“ haben Generationen auswendig lernend verinnerlicht. Die Ideologie der Geschlechtscharaktere, verstärkt durch die Prominenz der Autoren, trug lange Zeit in der Forschung dazu bei, für das ausgehende 18. und 19. Jahrhundert eine pauschale geschlechtsspezifische Trennung von Erwerbs- und Familienleben anzunehmen. Die jüngere feministische Forschung fragt demgegenüber zurecht, ob nicht die zahlreichen zeitgenössischen Texte über die natürliche Bestimmung von Mann und Frau eine Reaktion auf die radikalen gesellschaftlichen Veränderungen gewesen seien und eher eine zunehmende Verunsicherung der Autoren zeigen, die diese in Bahnen lenken wollten? Sie werfen die Frage auf, ob hier etwas vorgeschrieben und nicht beschrieben werden sollte. Ob die Zeitgenoss*innen bei der Lektüre der Gedichte Schillers vor Lachen von den Stühlen fielen wie Caroline Schlegel oder ins Schwärmen gerieten wie das Ehepaar Humboldt – sie hätten vermutlich nicht geahnt, dass uns die Rede von der natürlichen Geschlechterordnung bis heute beschäftigt.

QUELLEN UND LITERATUR



Bistum Regensburg: „Zur Schöpfungsordnung gehört die Geschlechterpolarität von Mann und Frau“ – Ostersonntag im Regensburger Dom, 2021, URL: <https://bistum-regensburg.de/news/zur-schoepfungsordnung-gehört-die-geschlechterpolarität-von-mann-und-frau-ostersonntag-im-regensburger-dom-8003> [14.1.2024].



Bock, Gisela: Frauenrechte als Menschenrechte. Olympe de Gouges' „Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin“, Beitrag zum Themenschwerpunkt „Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte“, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2009, URL: <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1505> [1.1.2024].



Brandes, Ernst: Über die Weiber, Leipzig 1787.



Campe, Joachim Heinrich: Väterlicher Rath für meine Tochter. Ein Gegenstück zum Theophron. Der erwachsenen weiblichen Jugend gewidmet, Braunschweig 1791.



Fichte, Johann Gottlieb: Grundriss des Familienrechts (als erster Anhang des Naturrechts) [1797], in: J.G.Fichte–Gesamtausgabe der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Hrsg. von Reinhard Lauth und Hans Gliwitzky, Stuttgart 1962ff. Bd. I,4, Stuttgart 1970, S. 95–149.



Hausen, Karin: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, S. 363–393.



Hippel, Theodor Gottlieb von: Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber. Nachwort von Ralph-Rainer Wuthenow, Frankfurt/Main 1977 [1792].

 Hoffmann, Volker: Elisa und Robert oder das Weib und der Mann, wie sie sein sollten. Anmerkungen zur Geschlechtercharakteristik der Goethezeit, in: Richter, Karl und Schönert, Jörg (Hrsg.): Klassik und Moderne. Die Weimarer Klassik als historisches Ereignis und Herausforderung im kulturgeschichtlichen Prozeß. Walter Müller-Seidel zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1983, S. 80–97, URL: <https://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/year/2009/docId/12384> [5.2.2024].

 Holst, Amalie, geb. von Justi: Über die Bestimmung des Weibes zur höhern Geistesbildung, Vorwort und Nachwort von Berta Rahm, Zürich 1984 [1802].

 Honegger, Claudia: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750–1850, Frankfurt/Main 1991.

 Humboldt, Wilhelm von: Über den Geschlechtsunterschied und dessen Einfluss auf die organische Natur, in: Leitzmann, Albert (Hrsg.): Wilhelm von Humboldts Werke. Erster Band. 1785–1795, Berlin 1903 [1794], S. 311–334.

 Humboldt, Wilhelm von: „Über die männliche und weibliche Form“, in: Leitzmann, Albert (Hrsg.): Wilhelm von Humboldts Werke. Erster Band. 1785–1795, Berlin 1903 [1795], S. 335–369.

 Hupel, August Wilhelm: Vom Zwecke der Ehen. Ein Versuch, die Heirath der Castraten und die Trennung unglücklicher Ehen zu verteidigen, Riga 1771 (auch Frankfurt/Main 1985).

 Knigge, Adolph Freiherr von: Über den Umgang mit Menschen, hrsg. von Gert Ueding, Frankfurt 1977 [1788].

 Lange, Sigrid (Hrsg.): Ob die Weiber Menschen sind? Geschlechterdebatten um 1800, Leipzig 1992.



Schlegel, August Wilhelm: Ehret die Frauen [1796], in: ders.: Sämtliche Werke, 10 Bde., hrsg. von Eduard Böcking, Leipzig 1846–47, hier Band 2, S. 171–173.



von Wobeser, Wilhelmine K.: Elisa oder das Weib wie es sein sollte, in: Christian August Fischer: Über den Umgang der Weiber mit Männern. Mit einem Nachwort von Lydia Schieth, Frühe Frauenliteratur in Deutschland 8, hrsg. von Anita Runge, Hildesheim u.a. 1990.

Autor:in



Hannah Lotte Lund ist Historikerin und Literaturwissenschaftlerin am Zentrum für Antisemitismusforschung sowie Projektleiterin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Geschlechtergeschichte und jüdischer Geschichte sowie im Bereich Kulturgeschichte und Erinnerungspolitik.

Man wird nicht als Homosexuelle_r geboren, man wird es?! Diskurse um Homosexualität_en im Deutschen Kaiserreich um 1900

Tanja Gäbelein

Die Entstehung der Kategorie „Homosexualität“ lässt sich in den sexual- und rechtswissenschaftlichen Diskursen des 19. Jahrhunderts verorten. Selbstredend gab es auch zuvor schon Menschen, die gleichgeschlechtlich begehrt, geliebt und sexuelle Handlungen vollzogen haben. Bis in die Frühe Neuzeit galt die „Sodomiterey“ (hier verstanden im Sinne jeglicher sexueller Handlung, die nicht der Fortpflanzung dient) jedoch vorwiegend als sündige und daher verbotene Handlung, die wenig über die einzelne Person aussagte. Erst im 19. Jahrhundert wurden diese Handlungen ebenso wie die damit verbundenen Gefühle durch die neu entstehende Sexualwissenschaft auf einen „innewohnenden Drang“ zurückgeführt und daraus eine Identität abgeleitet. Der französische Philosoph Michel Foucault brachte diese Veränderung auf die Formel: „Der Sodomit war ein Gestrauchelter, der Homosexuelle ist eine Spezies“ (Foucault 1977: 58).

Vorwiegend männliche Sexualforscher und Rechtswissenschaftler beschäftigten sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Frage, ob Homosexualität angeboren sei oder im Lauf des Lebens erworben werde (etwa durch Verführung oder negative heterosexuelle Erfahrungen) und ob sie ein „degeneratives Element“ darstelle. Von besonderer Wirkmächtigkeit war die Vorstellung, Homosexualität sei auf eine „geschlechtliche Inversion“ zurückzuführen – also auf Anteile des jeweils anderen Geschlechts im Körper. Homosexuelle Männer wurden vielfach als effeminierte Män-

»Vorwiegend männliche Sexualforscher und Rechtswissenschaftler beschäftigten sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Frage, ob Homosexualität angeboren sei oder im Lauf des Lebens erworben werde.«



Titelblatt der Publikation „Was muss das Volk vom Dritten Geschlecht wissen“, Leipzig 1901, Magnus Hirschfeld, Quelle: Wikimedia Commons, URL: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0a/Aufklaerungsschrift_magnus_hirschfeld.jpg

ner verstanden, homosexuelle Frauen als „männliche Frauen“. Um die Jahrhundertwende entstand überdies das Konzept der Homosexuellen als „Drittes Geschlecht“.

Bis 1890 blieb das Thema jedoch Gegenstand einer weitgehend männerzentrierten Debatte: Seit 1851 kriminalisierte der § 143 des Strafgesetzbuches für die Preussischen Staaten explizit die „widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts [...] verübt wird“. Diese Formulierung wurde mit Gründung des Kaiserreichs 1871 in den § 175 RStGB übernommen und ist für den weiteren Verlauf der Geschichte von großer Bedeutung. Die Vorstellung, Frauen könnten eine eigenständige, von Mann und Penetration unabhängige Sexualität haben, war mit den „bürgerlichen Geschlechtscharakteren“ (Karin Hausen) nicht vereinbar. Erst in den

Jahrzehnten um 1900 vollzog sich eine vergeschlechtlichte (und klassenspezifische) Ausdifferenzierung der Diskurse um Homosexualität: die Konstruktion verschiedener „Homosexualität_en“.

MÄNNLICHE HOMOSEXUALITÄT_EN UM 1900

Einerseits überschritten die Debatten um männliche Homosexualität_en den sexual- und rechtswissenschaftlichen Diskursraum und wurden nun verstärkt politisch verhandelt. So gründete sich 1897 in der Charlottenburger Wohnung des Sexualforschers Magnus Hirschfeld mit dem Wissenschaftlich-humanitären Komitee (WhK) die weltweit erste Organisation für die Rechte Homosexueller. Bis in die Weimarer Republik hinein setzte sich das Komitee auf Basis sexualwissenschaftlicher Forschungsergebnisse für die Akzeptanz und Entkriminalisierung der männlichen Homosexualität ein. Hirschfelds Argumentation war dabei, dass es sich bei der männlichen Homosexualität um eine angeborene Anomalie handelte, die moralisch nicht zu verurteilen sei. Als konstitutives Anderes entwarf Hirschfeld beispielsweise in seiner 1904 erschienenen Studie „Berlins Drittes Geschlecht“ die Figur des erpresserischen männ-

lichen Sexarbeiters, in dessen Fänge der zu Unrecht verfolgte bürgerliche oder aristokratische homosexuelle Mann durch den § 175 getrieben werde.

Eine andere Perspektive auf männliche Homosexualität vertrat die 1903 durch den Verleger Adolf Brand gegründete „Gemeinschaft der Eigenen“. In einer zunehmend maskulinistischen und antisemitischen Argumentation zeichnete Brand den Homosexuellen als besonders virilen Mann, dessen Männerbünde dem Wohle der Nation dienen.

»Allgemeine Bekanntheit erreichte die Kategorie ‚Homosexualität‘ schließlich durch zwei große Skandale um homosexuelle Angehörige der preußischen Elite, in denen das öffentliche Outing als politisches Druckmittel genutzt wurde.«

Allgemeine Bekanntheit erreichte die Kategorie „Homosexualität“ schließlich durch zwei große Skandale um homosexuelle Angehörige der preußischen Elite, in denen das öffentliche Outing als politisches Druckmittel genutzt wurde: 1902 veröffentlichte der Sozialdemokrat Kurt Eisner im Vorwärts den Artikel „Krupp auf Capri“, der über sexuelle Kontakte des Großindustriellen Alfred Krupp zu jungen Männern berichtete. Schon einige Jahre hatte die SPD versucht, Krupp als politischen Gegner zu diskreditieren. Dessen Selbstmord in der folgenden Woche führte zu einer Welle öffentlichen Mitleids mit diesem aufgrund seiner Homosexualität als schwach empfundenen Mann.

Demgegenüber führte die „Eulenburg-Affäre“ zu einer Welle des öffentlichen Hasses auf Homosexuelle. 1906 warf der Journalist Maximilian Harden einem engen Berater des Kaisers, Philipp Fürst zu Eulenburg-Hertefeld, eine auf dessen Homosexualität zurückzuführende Weiblichkeit vor, die das Kaiserreich außenpolitisch schwächen würde. Infolge einer langen Reihe skandalträchtiger Gerichtsprozesse musste sich Eulenburg schließlich aus dem Staatsdienst zurückziehen. Die männliche Homosexualität in staatstragenden Kreisen wurde somit aufgrund des unterstellten Kausalzusammenhangs mit Weiblichkeit zur Staatsgefahr erhoben. Bemerkenswert ist hierbei, dass sowohl die SPD als auch Harden zugleich die Forderung nach einer Abschaffung des § 175 unterstützten.

WEIBLICHE HOMOSEXUALITÄT_EN UM 1900

Demgegenüber (er) fand die Sexualwissenschaft die Kategorie der „weiblichen Homosexualität“ erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Begünstigt wurde dies durch die veränderten Lebensumstände insbesondere bürgerlicher Frauen. Diese blieben um die Jahrhundertwende in wachsender Zahl unverheiratet. Einige organisierten sich in der bürgerlichen Frauenbewegung und forderten den Zugang zu Bildung und Lohnarbeit. Innerhalb der Frauenbewegung etablierte sich das Zusammenleben von Frauen als Alternativmodell zur bürgerlichen Ehe. Aufgrund der anhaltenden Vorstellung einer grundlegenden weiblichen Asexualität wurden diese Verbindungen gemeinhin nicht als sexuell verstanden und galten daher als respektabel. Mit dem Aufkommen der Kategorie der weiblichen Homosexualität veränderte sich dies, denn die Homosexualität wurde insbesondere bei Frauen gesucht, die in ihrem Verhalten und Auftreten von der erwarteten weiblichen Geschlechterrolle abwichen. Im Besonderen traf dies Sexarbeiterinnen und bürgerliche Frauenrechtlerinnen.

»Die Sexualwissenschaft (er) fand die Kategorie der ‚weiblichen Homosexualität‘ erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts.«

Erstere wurden in der Folge vermehrt für sexualwissenschaftliche Studien zur weiblichen Homosexualität befragt und untersucht. Aufgrund der häufigen Kasernierung von Sexarbeiterinnen konnten sich diese den Forschenden kaum entziehen. Letztere sahen in den aufkommenden Homosexualitäts-Vorwürfen an die bürgerliche Frauenbewegung vielfach eine antifeministische Strategie, der sie sich verweigerten, indem sie sich mehrheitlich nicht öffentlich zum Thema äußerten. Aufgrund der Nicht-Kriminalisierung im § 175 hatte die Kategorie Homosexualität für den Großteil der bürgerlichen Frauenpaare keinen befreienden oder identitätsstiftenden Wert wie etwa für Männer der Homosexuellenbewegung. Vielmehr stellte die unerbetene Sichtbarkeit ihr Lebensmodell in Frage.

Vereinzelt finden sich positive Bezugnahmen, wie etwa in dem Roman „Sind es Frauen? Roman über das dritte Geschlecht“ von Minna Wittstein-Adelt alias Aimée Duc aus dem Jahr 1903, in den Schriften der Frauenrechtlerin Johanna Elberskirchen und in einer Rede der Frauenrecht-



Studentinnen in ihrer Freizeit, Inszenierung mit Sophia Goudstikker. © Hofatelier Elvira, München (Fotoatelier) / AddF – Archiv der deutschen Frauenbewegung / Gemeinfrei

lerin Theo Anna Sprüngli vor dem WhK im Jahr 1904. Es gab also durchaus weibliche Beiträge zur Homosexualitäts-Debatte. Jedoch beteiligten sie sich weniger an der Erstellung sexualwissenschaftlicher Diagnosen, sondern nutzten die neuen Erkenntnisse argumentativ, um rechtliche Verbesserungen für homo- wie auch heterosexuelle Frauen zu begründen.

RINGEN UM DEUTUNGSHOHEIT: DIE DEBATTE UM DIE NEUFASSUNG DES § 175–250

Diese vielfältigen und bis dato weitgehend getrennt verhandelten Entwicklungen zu männlichen und weiblichen Homosexualität_en aus der Aristokratie, dem Bürgertum und der Arbeiter_innenklasse wurden ab 1909 in ein historisch neues Näheverhältnis gerückt. Im § 250 des „Vorentwurfes zu einem Deutschen Strafgesetzbuch“ schlugen Juristen im Staatsdienst die Ausweitung und Binnendifferenzierung des § 175 vor: Fortan sollte auch die „widernatürliche Unzucht“ zwischen Frauen unter Strafe stehen. Überdies sollte die homosexuelle Sexarbeit als eigenständiges Delikt eingeführt werden, welches schwerer bestraft werden sollte als die nicht-gewerbliche homosexuelle Handlung.

Der „Vorentwurf“ war Teil einer groß angelegten Strafrechtsreform und sollte zur öffentlichen Debatte anregen. Zwischen 1909 und 1913 wurde er daher in Fachzeitschriften der Sexual- und Rechtswissenschaft, der Frauen- und der Homosexuellenbewegung sowie der Sozialdemokratie diskutiert. Im Vorentwurf lassen sich drei Verteidigungslinien erkennen, an denen die Verfasser um die Deutungshoheit der vermeintlich natürlichen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates ringen.

Erstens sollte die Heterosexualität als naturgegebene Norm gegen Vertreter_innen der Sexualwissenschaft und der Homosexuellenbewegung verteidigt werden, die in der Homosexualität lediglich eine bemitleidenswerte, aber natürliche Anomalie sahen. So heißt es in der Begründung des Vorentwurfs: „Die in der neusten Zeit mehrfach betonte Auffassung, als handele es sich bei der gleichgeschlechtlichen Unzucht um einen unwiderstehlichen krankhaften Naturtrieb, [...] lehnt der Entwurf als unbewiesen und mit den Erfahrungen des praktischen Lebens im Widerspruch stehend ab“ (Begründung des VE 1909: 690).

Zweitens galt es aus Sicht der Verfasser des Vorentwurfs, die Wehrhaftigkeit und Männlichkeit des deutschen Staates zu verteidigen: „Die widernatürliche Unzucht, insbesondere zwischen Männern, ist eine Gefahr für den Staat, da sie geeignet ist, die Männer in ihrem Charakter und in ihrer bürgerlichen Existenz auf das Schwerste zu schädigen, das gesunde Familienleben zu zerrütten und die männliche Jugend zu verderben“ (ebd.). Hier zeigt sich die Wirkmächtigkeit des in der Eulenburg-Affäre entstandenen Bildes der männlichen Homosexualität als Staatsgefahr. Männlichkeit wurde dabei mit Stärke, Weiblichkeit mit Schwäche verbunden. Homosexuelle Männer bedrohten in dieser Konzeption den als männlich und wehrhaft imaginierten preußischen Staat, da sie als Männer mit weiblichen, ergo „schwachen“ Anteilen galten.

»Aus Sicht der Verfasser des Vorentwurfs zur Strafrechtsreform galt es, die Wehrhaftigkeit und Männlichkeit des deutschen Staates zu verteidigen.«

Des Weiteren fällt auf, dass die Verfasser des Vorentwurfs zwar über die Existenz der weiblichen Homosexualität informiert waren und ihre Kriminalisierung durchaus ins Auge fassten. Zugleich aber verbanden sie diese lediglich mit einer „Gefahr für das Familienleben und die Jugend“. **Eine staatsgefährdende Relevanz wollten sie den homosexuellen Frauen offenbar nicht zuschreiben, da dies den Frauen – gerade in Zeiten einer starken Frauenbewegung – Macht über den Staat zuerkannt hätte.**

Drittens sollte mit dem Vorentwurf die Respektabilität von Angehörigen der bürgerlichen und aristokratischen Kreise gegenüber Sexarbeiter_innen geschützt werden. So habe sich „eine männliche Prostitution herausgebildet, die [...] damit fortgesetzte Erpressungen verbindet“ (Begründung des VE 1909: 691). Um solche zu unterbinden, sei die männlich-homosexuelle Sexarbeit in besonderer Weise zu bestrafen.



Gruppenbild Atelier Elvira. © Atelier Elvira / DDF-Archiv: externe Quellen / Gemeinfrei

Auch die Respektabilität der bürgerlichen Frauen war von zentraler Bedeutung in der Debatte. So war ein wichtiges Argument von Frauenrechtlerinnen, Homosexuellen-Aktivistinnen und Sozialdemokrat_innen gegen die Kriminalisierung der weiblichen Homosexualität, dass unklar war, welche Handlungen genau zwischen Frauen als sexuell zu gelten hätten.

Der Jurist Wolfgang Mittermaier erklärte zur weiblichen Homosexualität, dass „man sich nicht vorstellen kann, wie sie vorgenommen werde, obwohl Psychiater uns lehren, daß sie sehr häufig sei und die verschiedensten Formen kenne“ (Mittermaier 1906: 153). Neben der Zurückweisung der Vorstellung, dass Frauen eine relevante Rolle im Staat spielten, war es daher auch das bürgerliche Unbehagen an der weiblichen Sexualität, das der Kriminalisierung entgegenstand.

Im Kommissionsentwurf aus dem Jahr 1913, der die Ergebnisse der Debatte zusammenfassen sollte, verwarfen die Juristen daher die Kriminalisierung sexueller Handlungen zwischen Frauen. Weiterhin bestraft werden sollte die „einfache“ homosexuelle Handlung zwischen Männern. Neu eingeführt werden sollte das besonders schwer zu bestrafende Delikt der männlichen Sexarbeit.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs im darauffolgenden Jahr verhinderte jedoch die Inkraftsetzung dieser Beschlüsse. In der Weimarer Republik blieb der § 175 trotz weiterer Reformbemühungen unverändert bestehen, vom nationalsozialistischen Regime wurde er dann 1935 auf Basis eigener Rechtsgutachten massiv verschärft. Dennoch darf die Bedeutung der untersuchten Debatte nicht unterschätzt werden. So findet sich hier erstmals eine größere Zahl an Stellungnahmen von Frauenrechtlerinnen zur Homosexualität. Aus dem Umfeld des WhK gründeten sich darüber hinaus 1918 zwei Institutionen, die in der Weimarer Republik das Bild der Homosexualität maßgeblich mitprägen sollten: Der „Bund für Menschenrecht“ als weltweit größte Massenorganisationen homosexueller und trans Personen, der zeitweise 48.000 Mitglieder zählte, und das Berliner „Institut für Sexualwissenschaft“, welches unter Hirschfelds Leitung die entstigmatisierende Forschung zur sexuellen und geschlechtlichen Varianz fortführte und professionalisierte. Auch die blühende lesbische und schwule Subkultur der 1920er Jahre wäre ohne ihre Vorläufer im Kaiserreich so nicht denkbar gewesen.

»Der Blick in die Geschichte zeigt: Die homosexuelle Erfahrung gibt es nicht und gab es nie.«

Zudem zeigt dieser Blick in die Geschichte: Die homosexuelle Erfahrung gibt es nicht und gab es nie. Wer zu welchem Zeitpunkt als homosexuell bezeichnet wurde oder sich selbst so bezeichnete, welche Bedeutung und welche Auswirkungen dies für das eigene Leben hatte, war stets auch abhängig von der jeweiligen geschlechtlichen und klassenspezifischen Positionierung.

LITERATUR



Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit. Band 1: Der Wille zum Wissen, Frankfurt am Main 1977.



Gäbelein, Tanja: Homosexualität_en im Deutschen Kaiserreich um 1900, Hamburg 2024.



Heinrich, Elisa: Intim und respektabel. Homosexualität und Freundinnenschaft in der deutschen Frauenbewegung um 1900, Göttingen 2022.

QUELLEN



Mittermaier, Wolfgang: Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts. Besonderer Teil. Band 4: Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit, Berlin 1906.



Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch. Bearbeitet von der hierzu bestellten Sachverständigen-Kommission. Veröffentlicht auf Anordnung des Reichs-Justizamts, Berlin 1909.



Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch. Begründung. Besonderer Teil. Bearbeitet von der hierzu bestellten Sachverständigen-Kommission. Veröffentlicht auf Anordnung des Reichs-Justizamts, Berlin 1909.

Autor:in



Tanja Gäbelein ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin mit einem Schwerpunkt in queerer und feministischer Geschichte. Aktuell leitet sie das Projekt „FrauenOrte im Land Brandenburg“ und lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ob Frauen denken können? Zur Debatte um das Frauenstudium

Elke Blumberg

Die in der Überschrift genannte Frage beschäftigte Universitätsprofessoren seit Mitte des 19. Jahrhundert global und besonders lange im Deutschen Kaiserreich: Bis Anfang des 20. Jh. debattierten Ministerialbeamte und Universitätsleitungen mit Engagierten der frühen Frauenvereine über den „Einbruch der Frauen in das gelobte Land der Wissenschaft“ (Hedwig Dohm zit. n. Twellmann 1972: 208ff.).



Hedwig Dohm (um 1870). Quelle: [Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hedwig_Dohm.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hedwig_Dohm.jpg)

Die Schriftstellerin und Feministin Hedwig Dohm konstatiert 1874: „Da [...] die Majorität meiner deutschen Zeitgenossen das Recht der Frau am wissenschaftlichen Beruf leugnet, so dürfen wir kleine Minorität nicht müde werden, für unsere Überzeugungen zu kämpfen, wenn es auch absolute Gewißheit für uns ist, daß dasjenige, was heut sonderbar und paradox erscheint, in kurzem für eine der trivialen Wahrheiten gelten wird“ (zit.n. Frederiksen 1981: 242).

Dohm sollte Recht behalten. Die Ausnahmerecheinung studierender Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist heute zur Alltäglichkeit geworden, mehr als 50% der Studierenden sind weiblich. Dohm hatte aber auch darin recht, dass die Majorität der Gesellschaft bis ins 20. Jahrhundert hinein die Studierfähigkeit von Frauen leugnete. Die Debatte um das sogenannte Frauenstudium wurde von Kämpfer*innen für die wissenschaftliche Emanzipation der Frau in Europa fast ein halbes Jahrhundert geführt! „Eine Debatte, die unter den epochalen naturwissenschaftlichen, technischen und philosophischen Neuerungen, welche sich in der zweiten Hälfte des 18. und 19. Jahrhunderts vollzogen“ (Popitz 1995: 8), die gesellschaftlichen Strukturen in Frage stellte und die grundsätzliche Bedeutung

»Die Majorität der Gesellschaft leugnete bis ins 20. Jahrhundert hinein die Studierfähigkeit von Frauen.«

weiblicher Professionalisierungsansprüche neu bewertete. Doch wie wurde Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts Geschlecht konstruiert, wer hat in welcher Form die Debatte um die Zulassung von Frauen zum Studium bestimmt? Welche Themen und Fragen prägten die Argumentationen und welches sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die die Auseinandersetzung um gleichberechtigte Bildung, Emanzipation und Demokratisierung maßgeblich vorantrieben? Ausgehend von diesen Fragen wird der Text versuchen, in einer kurzen Geschichte des Frauenstudiums die Argumentationsstrategien im Kampf gegen und für gleiche Bildungs- und Bürgerinnenrechte herauszuarbeiten.

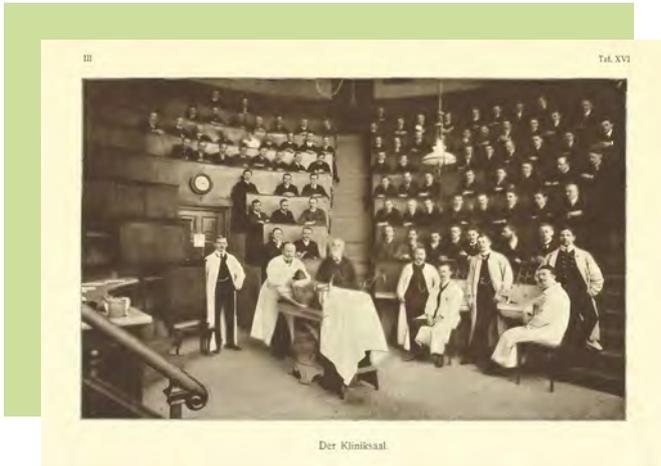
AUSGRENZUNG

Schützt Universitätsbildung davor, in Debatten Stereotypen zu reproduzieren, oder diese gar als Tatsache auszugeben? Sollte es Wissenschaftlern nicht unmöglich sein, unwissenschaftlich zu argumentieren? Für den Beginn des Frauenstudiums lassen sich diese beiden Fragen eindeutig verneinen.

Die Debatte um das Frauenstudium wurde überwiegend von Professoren sowie Politikern und von den „studierwütigen“ Frauen geführt. Sie fand in Büchern, Zeitungsesays, öffentlichen Briefen, Petitionen sowie in Salons, Frauenvereinen und Fakultätssitzungen statt. Am Beispiel der Anfänge des Frauenstudiums in Berlin zeigt sich auch die argumentative Spannweite der Abwehr: Für die Gelehrten der Alma Mater stand die Ausgrenzung des weiblichen Geschlechts im Zentrum. Gemeinsam mit wissenschaftlich anerkannten Philosophen, Theologen und Medizinern ‚erkannten‘ sie im Wissensdurst und im politischen Tatendrang der Frauen eine sittlich-moralische Gefahr für die Gesellschaft.

Darüber hinaus wurden anatomische Unterschiede angeführt, die Frauen von höherer Bildung ausschließen würden. So stellte Wilhelm Waldeyer, Professor der Medizin, 1888 fest: „Es besteht ein namhafter Unterschied in der

»Schützt Universitätsbildung davor, in Debatten Stereotypen zu reproduzieren, oder diese gar als Tatsache auszugeben? Sollte es Wissenschaftlern nicht unmöglich sein, unwissenschaftlich zu argumentieren? Für den Beginn des Frauenstudiums lassen sich diese beiden Fragen eindeutig verneinen.«



Universitätsfrauenklinik in der Stephanstraße in Leipzig. Foto des Kliniksaals / Hörsaals aus dem Jahre 1909. Quelle: Paul Zweifel: Die Institute der Medizinischen Fakultät an der Universität Leipzig. (Festschrift zum 600. Jahrestag der Gründung der Universität Leipzig, Band 3). Leipzig: Hirzel 1909, Tafel XVI, Wikimedia Commons, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Unifrauenklinik_stephanstra%C3%9Fe_klinikssaal_\(tafel_XVI\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Unifrauenklinik_stephanstra%C3%9Fe_klinikssaal_(tafel_XVI).jpg)

Ausbildung und Anordnung der Hirnwindungen beim Manne und beim Weibe, und zwar zeigen sich die männlichen mehr entwickelt, so dass damit eine Oberflächenvergrößerung der grauen Substanz, in welcher wir das Substrat der intellektuellen Funktionen suchen müssen, gegeben ist“ (zit.n. Ries 1927: 42) Der Physiologe Prof. Gustav Theodor Fritsch, ein Kollege Waldeyers an der Medizinischen Fakultät, hielt fest: „Mit der zarten Natur [der Frauen, E.B.]

hänge wohl auch die häufig recht mangelhaft entwickelte Gabe des Gedächtnisses zusammen, wie man täglich sehen könne, wenn man Frauen nach den so schon dürftigen Kenntnissen fragt, die sie auf der Schule erworben hätten“ (zit.n. Kirchhoff 1927: 45)

Daneben gab es die Narrative zu der dem weiblichen Geschlecht vorbehaltenen Gefühlswelt: „Wegen ihres durch Gefühlsrücksichten leicht irgeleiteten Verstandes ist die Wirkungssphäre der Frauen nicht in den Kreisen des öffentlichen Lebens zu suchen. [...] Der männliche Geist sieht tiefer, weiter, schärfer [...], erforscht gründlicher und genauer. [...] Der weibliche Geist [...] ist in seinem Urtheil befangen, oberflächlich [...] Der Mann handelt nach Überzeugungen; das Weib nach Gefühlen“ (von Bischoff 1872: 19-20).

Akademiker aller Couleur waren sich darin einig, dass eine naturgewollte Geschlechterordnung existiere – neben den Erkenntnissen der Aufklärung, der Mensch sei frei geboren und die Emanzipation das höchste Ziel. Emanzipation war gemäß ihrer Auffassung die notwendige Grundlage einer souveränen Nation, nicht aber eines souveränen Frauenverständnisses. Die Debatte wurde (und wird auf dieser staatlichen Ebene noch immer) instrumentalisiert, um Frauen in den Arbeitsbereich der häuslichen Reproduktion



Weibliche Studenten belästigen männliches Bedienungspersonal in einer Kneipe, Parodie auf das Frauenstudium an der Universität Zürich, 1872. Quelle: Michael Klant: Universität in der Karikatur, Hannover 1984, Wikimedia Commons, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Special-Artistin_-_Schattenseite_-_Z%C3%BCrcher_Studentinnen-Kneipe_1872.jpg

zu drängen, damit sie den in der Produktion tätigen Männern den Rücken freihalten.

Ökonomische Machtinteressen hinter den wiederkehrenden sittlich und anatomisch grundierten Argumentationslinien spiegeln die Funktion der Debatte: Eine von Vernunft geleitete Auseinandersetzung der unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Interessen sollte vermieden werden. Zudem wurde als

Gefahr eine Prekarisierung der akademischen Berufe erkannt: Höhere und besser dotierte Positionen sollten weiterhin Männern vorbehalten bleiben. Der Mediziner Prof. Dr. Emanuel Weber „sah in der Zulassung von Frauen zum Studium ein Danaergeschenk für diese“, und wollte „gerade als Arzt die Hilfe der Frauen [in der Krankenpflege, E.B.] nicht entbehren.“ Seine Empfehlung: „Teilen wir die Arbeit, stellen wir jeden an die richtige Stelle“ (zit.n. Kirchhoff 1897: 133).

Konkurrenzangst spielte eine weitere Rolle. Prof. Dr. Friedrich Albrecht Weber brachte es auf den Punkt: „Ich bin gegen das akademische Studium der Frauen. Wir haben ohnehin schon ein großes akademisches Proletariat in den vielen jungen Männern“. Und weiter stellte er fest, dass „die in Aussicht stehende weibliche Konkurrenz [...] das Elend nach dieser Richtung hin nur vergrößern“ würde (zit.n. Kirchhoff 1897: 217).

FRAUENVEREINE IM KAMPF FÜR DIE ZULASSUNG

Auf der anderen Seite der Debatte standen v.a. bürgerliche Frauenvereine (z.B. Frauenverein Reform, 1888 gegründet; Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein, 1890; Allgemeiner Deutscher Frauenverein [ADF], 1896) und einzelne Kämpferinnen wie etwa Anita Augsborg, Hedwig Dohm,

Minna Cauer, Helene Stöcker, Fanny Lewald u.v.a. In Schriften, Petitionen, Gesuchen und Anfragen an Reichstagsabgeordnete ersuchten sie um den Zugang zur höheren Schul- und Universitätsbildung. Ihr Kampf gipfelte 1892, nachdem zahlreiche Gesuche unbeantwortet blieben, in einer ersten Massenpetition des ADF für das Frauenstudium und -wahlrecht, die mit 55.000 Unterschriften an den Reichstag ging (Frederiksen 1981: 226ff.). Doch blieb auch diese juristisch folgenlos. Als Reaktion auf das erneute Aussitzen einer Entscheidung gründeten die Frauenorganisationen in Selbsthilfe eigene Gymnasialkurse für Schülerinnen, zum Ablegen einer externen Reifeprüfung.

Die existentiellen Interessen der Frauen, die in ihren Forderungen zum Ausdruck gebracht wurden, spiegeln gleichsam den sich rasant vollziehenden epochalen Umbruch in der Arbeitswelt wider. Einzelveröffentlichungen in der Presse erhöhten den Druck auf die Parteien und auf die wissenschaftlichen Ordinarien: „Weshalb drängten denn die Frauen sich zu anderen Berufsarten? [...] Es hat recht lange gedauert, bis man allgemein begriff, daß es sich nicht um phantastische Neuerungssucht handelte, sondern um eine Notwendigkeit, ein Resultat; daß seitdem Dampfmaschinen und Fabrikbetrieb auch für die Hauswirtschaft einen sehr großen Teil der notwendigen Arbeit leisten, für erwachsene Töchter und überzählige Tanten des Mittelstandes weder Platz noch Arbeit noch Brot in ausreichender Menge vorhanden war im verwandten Haus“ (Tiburtius 1924: 2).

Selbst nachdem im Wintersemester 1895/96 Frauen als Gasthörerinnen an der Friedrich-Wilhelms-Universität mit dem Impetus der Gnade zugelassen wurden, schlossen Mediziner sie aus sittlichen Gründen von anatomischen Übungen aus (vgl. Kirchhoff 1897: 69).

Auf diese und andere Art wurde eine juristische Entscheidung über die Zulassung von Frauen zum Studium und zu wissenschaftlichen Berufen systematisch behindert. Stattdessen favorisierte man Ausnahmeregelungen und damit Einzelentscheidungen. Ganz verschließen konnten sich die Ordinarien den Folgen der zweiten technologischen Revolution, die zu sozialem Wandel, modernen Lebensformen und neuen Denkart führte, nicht. Sie wurden so zur Öffnung der Fakultäten für Studentinnen gedrängt,

setzten jedoch den Faktor der Nichtbeachtung eingereicherter Anträge über mehrere Jahre gezielt und erfolgreich fort. Am 18.08.1908 durften sich Studentinnen dann per Erlass immatrikulieren, vergleichsweise spät im internationalen und auch im nationalen Vergleich.

Das Zurückdrängen von Frauen in die häusliche Arbeit oder in Teilzeitjobs – ihre Bereithaltung als eine konjunkturell lenkbare Reservearmee des Arbeitsmarktes – bleibt bis heute ein geschlechtsspezifischer Unterschied, auch in der akademischen Arbeitswelt. Einerseits bleiben trotz einer quantitativen Zunahme von Frauen an den Universitäten geschlechtsspezifische Karrieremuster relevant. Die naturgewollte Ordnung der Geschlechter wird selbst im 21. Jahrhundert von vorwiegend konservativen Parteien und Unternehmen weiterhin angeführt, um die Frau als „Dazuverdienerin“ wieder in alte Rollen, konkret an den Herd, zurückzudrängen. Andererseits ist die Selbstorganisation von Frauen und ihr Einmischen in aktuelle Debatten der Bildungspolitik erhalten geblieben. Pionierinnen legten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts den Grundstein dafür: eine kritische Geschlechterrollen-Analyse und für die Notwendigkeit, sich zu organisieren, mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen.

»Das Zurückdrängen von Frauen in die häusliche Arbeit oder in Teilzeitjobs – ihre Bereithaltung als eine konjunkturell lenkbare Reservearmee des Arbeitsmarktes – bleibt bis heute ein geschlechtsspezifischer Unterschied, auch in der akademischen Arbeitswelt.«

LITERATUR UND QUELLEN



Fakultäts-Sitzungsprotokolle, Universitätsarchiv Humboldt Universität, Berlin.



Frederiksen, Elke (Hrsg.): Die Frauenfrage in Deutschland 1865–1915, Stuttgart 1981.



Kirchhoff, Arthur: Die akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe, Berlin 1897.

-  Popitz, Heinrich: Epochen der Technikgeschichte, Tübingen 1989.
-  Ries, Hildegard: Die Geschichte des Gedankens der Frauenhochschulbildung in Deutschland, Westerstede 1927.
-  Tiburtius, Franziska: Die Entwicklung des Frauenstudiums in der Neuzeit, in: Die Studentin 1 (1924), H. 1, S. 2.
-  Wellmann, Margit: Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung – Quellen 1843 bis 1889, Meisenheim 1972.
-  von Bischoff, Theodor L.W.: Das Studium und die Ausübung der Medizin durch Frauen, München 1872.

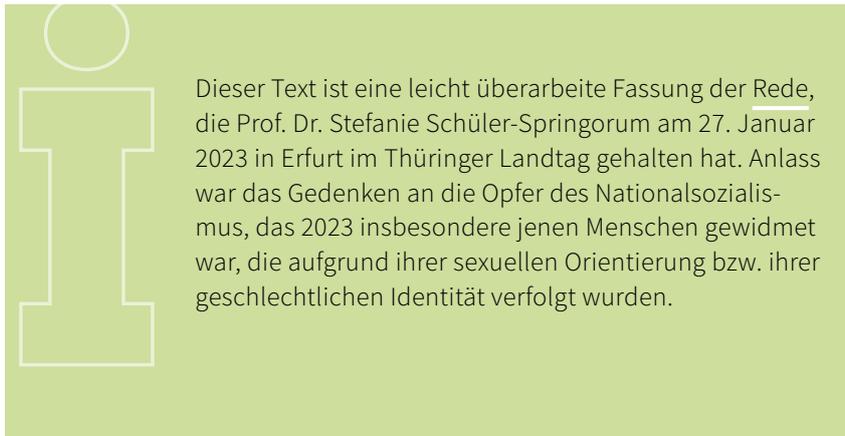
Autor:in



Elke Blumberg, M.A., Soziologin und Erziehungswissenschaftlerin.
Nach dem Studium wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Sozial- und Frauengeschichte in Berlin. Seit 2011 Lehrerin der Humanistischen Lebenskunde und Schulmediatorin in Berlin.

Rede anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023 im Thüringer Landtag

Stefanie Schüler-Springorum



Im Oktober 2022 sterben zwei junge Menschen bei einem Angriff auf einen queeren Treffpunkt, nur einige hundert Kilometer von hier entfernt, in Bratislava. Im September 2022 stirbt ein junger Transmann am Christopher-Street-Day in Münster, nachdem er sich in einer Straßenbahn schützend vor zwei attackierte Frauen gestellt hatte. Zwei Jahre zuvor, in Dresden, wird ein schwules Paar mit einem Messer angegriffen, einer erliegt seinen Verletzungen. In den USA, wo bekanntlich ganz andere Waffen zur Verfügung stehen, sind in den letzten Jahren Dutzende von Menschen bei Attacken gegen queere Bars erschossen worden.

Weder ist diese Liste vollständig noch beschränkt sich der Terror gegen queere Menschen auf Europa und die USA, wie wir wissen: In 70 Ländern stehen homosexuelle Handlungen von Männern unter Strafe, in 44 gilt dies auch für Frauen. In 13 Ländern steht darauf die Todesstrafe.

Wenn wir also den im Nationalsozialismus verfolgten sexuellen Minderheiten gedenken, dann tun wir dies in dem Wissen um die tödliche Realität homophober und queerfeindlicher Hassgewalt hier und heute. Warum aber hat es dann so lange, fast dreißig Jahre gedauert, bis wir, bis unser Staat sich dazu aufrufen konnte, endlich auch diesen Opfern des Nationalsozialismus einen würdigen Platz am 27. Januar einzuräumen? Ich habe im Januar 2023 eine Diskussion unter dem Titel „Ein schwieriges Gedenken“ moderiert – und fragte mich: Warum eigentlich ist dieses Gedenken so schwierig? Warum sind queere Menschen (fast) die letzte Opfergruppe, die auf diese Weise öffentlich Anerkennung finden soll? Warum hat dies so lange gedauert in einem Land mit einer vorbildlich ausdifferenzierten Gedenkkultur, mit schwulen Bürgermeistern und Ministern, lesbischen TV-Moderatorinnen und Transpersonen im Parlament? Es ist dieser Widerspruch, über den ich gemeinsam mit Ihnen nachdenken möchte, getragen von der Überzeugung, dass Gedenken nur dann glaubwürdig sein kann, wenn man sich nicht nur aus der Distanz vor fernen Zeiten gruselt, sondern auch die Kontinuitäten in der Gegenwart klar benennt.

»Wenn wir also den im Nationalsozialismus verfolgten sexuellen Minderheiten gedenken, dann tun wir dies in dem Wissen um die tödliche Realität homophober und queerfeindlicher Hassgewalt hier und heute.«

Der erste Grund für das verspätete Gedenken ist so einfach wie wahr: Homosexuelle und queere Männer wurden auch nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft massiv weiter verfolgt. Für manche von ihnen endete die Haftzeit nicht 1945, sondern erst in den 1950er Jahren. Im Gegensatz zu allen anderen Opfergruppen blieb in ihrem Fall sogar die gesetzliche Grundlage der Verfolgung erhalten. Der von den Nationalsozialisten verschärfte §175 war in der Bundesrepublik bis 1969 in Kraft, ganz abgeschafft wurde er bekanntlich erst 1994. In der DDR distanzierte man sich schon in den 1950er Jahren von dem NS-Gesetz, de facto aber kam es auch hier bis in die 1960er Jahre weiterhin zu Verurteilungen, besonders im Falle von Prostitution und Jugendverführung. Dennoch ist sich die neuere Forschung darin einig, dass der Verfolgungsdruck in den ersten Jahrzehnten der DDR bei weitem geringer war, während in der Bundes-

»Der erste Grund für das verspätete Gedenken ist so einfach wie wahr: Homosexuelle und queere Männer wurden auch nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft massiv weiter verfolgt.«

republik bis 1969 ca 50.000 Urteile gefällt wurden, mehr als während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zusammen. Zudem wurde den NS-Verfolgten in beiden deutschen Staaten keine Entschädigung gewährt, weder für die erlittene Haftzeit noch für so dramatische Eingriffe wie die Kastration, mit der man sich in den Kriegsjahren manchmal vor der Einweisung in ein KZ hatte retten können. Wie so viele andere Verfolgte starben die überlebenden homosexuellen und queeren Opfer des Nationalsozialismus in beiden deutschen Nachfolgestaaten oftmals verarmt, isoliert und krank – und ohne je eine staatliche Anerkennung ihres Leidens erfahren zu haben. Für alle von ihnen kommt der heutige Tag zu spät. Diese Schande für unser Land endlich anzuerkennen, macht unser heutiges Gedenken vermutlich schwierig, aber umso nötiger, wenn wir glaubwürdig sein wollen. Die Geschichte der Opfer, aller Opfergruppen nach 1945, muss Teil unserer Erinnerung an den Nationalsozialismus werden, wenn wir es ernst damit meinen, dass Gedenken auch der Demokratieerziehung dienen soll. Hier ist noch viel zu tun.

Aber, und hier ist vermutlich noch mehr zu tun, es gibt einen zweiten Grund, warum dies vielleicht ein schwieriges Unterfangen ist: Die zwischen 1933 und 1945 verfolgten sexuellen Minderheiten sind eben keine „Gruppe“, die man als Opfer anerkennen und auf Distanz würdigen kann. Nein, hier geht es um uns, um unsere eigenen Familien und Freundeskreise. Vermutlich würde bei fast jedem und jeder von uns bei intensiver Familienrecherche ein alleinstehender Großonkel auftauchen, früher gerne „Hagestolz“ genannt, oder die etwas skurrile alte Tante, die immer mit einer Freundin zum Wandern fuhr. Und auch wenn vielleicht keiner dieser Verwandten während des Nationalsozialismus inhaftiert wurde, so litten sie all die Jahre, vor und nach 1945, unter der Angst der Verfolgung, unter der Verstellung, den zerstörten Lebensentwürfen, dem nicht gelebten Glück. Kurzum: Wenn wir heute der Verfolgung queerer Menschen im Nationalsozialismus erinnern, dann sind wir mittendrin in unseren Wohnzimmern, Fotoalben und Familiengeschichten – und ich möchte vermuten, dass vieles, was dort aus den dreißiger, vierziger, fünfziger Jahre zum Vorschein kommen wür-

»Wenn wir heute der Verfolgung queerer Menschen im Nationalsozialismus erinnern, dann sind wir mittendrin in unseren Wohnzimmern, Fotoalben und Familiengeschichten.«

de, ziemlich traurig wäre. Wir sollten uns, wenn wir können, dem stellen.

Und wir sollten uns dabei auch klar machen, dass dies nicht immer so war und schon gar nicht zwangsläufig so werden musste. Es begann schon im Kaiserreich, aber vor allem die viel zu kurzen Jahre der Republik waren eine Zeit des Aufschwungs, der langsamen Entkriminalisierung queerer Lebensweisen. In den Großstädten, Berlin vorneweg, gab es das, was Stadtführer bis heute gerne eine „blühende, queere Subkultur“ nennen. Manchen von Ihnen wird dies heute aus Fernsehserien wie „Babylon Berlin“ oder „Eldorado KaDeWe“ bekannt sein, damals bewunderte man die Stadt dafür in Paris und New York, London und Wien.

Das, was dann ab 1933 geschah, war auch eine Reaktion darauf, eine Reaktion auf Diversität, auf die selbstbewusste Wahl der eigenen sexuellen Identität, wie sie in den 1920er Jahren in einem bestimmten urbanen Milieu durchaus möglich war. Wie zentral der Hass auf diese Welt für die faschistische Mobilisierung war, sollte sich schon in den ersten Wochen der NS-Herrschaft zeigen. Kurz nach den Angriffen auf jüdische Professoren sowie Studierende und dem Boykotttag stürmten Studenten das 1919 von Magnus Hirschfeld gegründete Institut für Sexualwissenschaft und plünderten die Bibliothek. Ein Großteil der über zehntausend Bände wurde vier Tage später auf dem Opernplatz verbrannt. Die Kampagne gegen „Schmutz und Schund“ und den vermeintlichen Sündenpfuhl Weimar hatte schon zum Wahlkampf der NSDAP gehört und war eng mit antisemitischen Bildern verbunden – Vorstellungen von „abartiger“ Sexualität und Jüdischsein wurden dabei eng verknüpft und sollten sich in den folgenden 12 Jahren immer wieder gegenseitig radikalisieren, wie etwa in den Rassenchande-Prozessionen auf deutschen Marktplätzen, oder, zu Kriegszeiten, in der Propaganda gegen jüdisch-bolschewistische Flinten-, gleich Mannweiber. Was dies konkret zur Folge hatte, konnte man schon 1933 zum Beispiel im Konzentrationslager Columbia-Damm beobachten, wo die SA ihren Aggressionen gegen alle Gefangenen monatelang freien Lauf lassen konnte, aber niemand so furchtbar gequält und gedemütigt wurde wie Schwule und Juden, und am schlimmsten schwule Juden.

Der vor kurzem verstorbene israelische Historiker Zeev Sternhell hat den europäischen Faschismus als Antwort auf das Gleichheitspostulat der Aufklärung definiert (vgl. Sternhell 2010). Der Nationalsozialismus hat dies, die Betonung der Ungleichheit der Menschen, am weitgehendsten ausdifferenziert, juristisch definiert und am radikalsten in die Praxis umgesetzt. Dabei hatte er ein bestimmtes Gesellschafts- und Menschenbild vor Augen, eine Utopie, die in Wahrheit eine Dystopie war und in deren Kern es um die Herstellung eines kulturell, sprachlich, religiös und politisch homogenen Gebildes ging, das die Nationalsozialisten „das deutsche Volk“ nannten und aus dem alle als „Fremd“ deklarierten – Juden, Sinti und Roma, Slaven – ausgeschlossen waren. Aber der Ausschluss betraf noch weitere Kreise, denn es gab neben den „Fremden“ auch sogenannte „Gemeinschaftsfremde“, ein Sammelbegriff für alle Unangepassten, für sozial oder sexuell deviante „deutsche“ Menschen, deren Palette immer breiter gefasst wurde: Neben queeren Menschen betraf dies Arbeits- und Wohnungslose, Alkoholiker, „Asoziale“, Minderintelligente, psychisch oder unheilbar Kranke, später auch rückfällige Kriminelle. Die ersten gesetzlichen Maßnahmen, die sich 1933 gegen eine Gruppe als Ganzes wandten, betrafen die sogenannten Erbkranken, die zu Hunderttausenden zwangssterilisiert wurden. Krankenhäuser und Psychiatrien wurden ebenso zu Orten der Verfolgung wie Arbeitshäuser und Erziehungsheime, Gefängnisse und Lager – all das waren auch Institutionen der Verfolgung queerer Menschen, von sexuell devianten Lebens- und Liebesmodellen.

Allerdings nahmen homosexuelle Männer im Universum der extrem männerbündlerischen SS eine besondere Rolle ein, denn diese war manisch bemüht, jeden Anflug von Homoerotik in ihren Reihen, aber auch in der Gesellschaft insgesamt auszumerzen – und hier benutze ich dieses Wort bewusst, denn es ging immer um Vernichtung, sei es des Mann-männlichen Begehrens, sei es seiner Träger selbst, denn Homosexualität galt als erblich: Aus dieser Logik erklären sich schon frühe Tötungsphantasien seitens der SS und auch die Realität der Kastration, die in einem Gemeinschaftsfremden-Gesetz zur Regel gemacht werden sollte, was nur durch die deutsche Niederlage verhindert wurde. Da, wo Homosexualität als veränderbar angesehen wurde, versuchte man sie durch harte Strafen „umzuerziehen“: Bis 1937 hatte sich die Zahl der Urteile mehr als ver-

zehnfacht. Insgesamt geht man von bis zu 100.000 Verurteilten aus, zwischen 10.000 und 15.000 von ihnen starben in den Konzentrationslagern (Jelloneck 2020: 53). Völlig unklar ist bislang die Zahl verfolgter und ermordeter Transmenschen, da diese sich der Kategorisierungslogik des Regimes z.T. entziehen konnten. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht verfolgt wurden – als „unsittlich“, „asozial“ oder psychisch krank, was alles in der einen oder anderen Weise ebenfalls zur Ermordung führen konnte. Auch lesbische Frauen gerieten so, aus ganz unterschiedlichen Gründen, ins Fadenkreuz der Verfolgung, wurden in Konzentrationslager eingewiesen und überlebten diese oftmals nicht. Zugleich führte der allgemein frauenfeindliche Charakter des NS-Regimes dazu, dass es manchen von ihnen gelang, ein unauffälliges Leben zu führen, allerdings immer in der Angst, von Nachbarn oder Kollegen denunziert zu werden.

Die Sorge vor der subversiven Kraft abweichender Sexualität war das eine, die Aufrechterhaltung klar konturierter Geschlechterbilder das andere: Die deutsche Volksgemeinschaft sollte aus „echten“ und vor allem zeugungswilligen Männern und gebärfreudigen Frauen bestehen und die Ausgrenzung aller anderen trug zu dieser Vorstellung von Gemeinschaft ex negativo bei. Es gibt bislang kaum Forschung zum Weiterleben derartiger Vorstellungen in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, aber gerade die massive Homosexuellenverfolgung in Westdeutschland ist ohne eine zustimmende, homophobe Grundstimmung nicht vorstellbar. Und auch hierfür kennen wir sicher alle Beispiele aus dem Familien- und Freundeskreis. Zugleich jedoch hat sich in den letzten Jahrzehnten vieles geändert: Nicht nur die Gesetzgebung – von der Streichung des §175 bis hin zur Ehe für Alle –, sondern auch und gerade die kulturelle Wahrnehmung und Wertschätzung sexueller Vielfalt. Nicht umsonst sprechen wir von Gay-Pride-Paraden, vom Stolz auf diese Errungenschaften als Ausdruck eines offen zur Schau gestellten Selbstbewusstseins queerer Menschen. Es wäre schön, wenn man eine solche Gedenkrede so optimistisch beenden könnte.

»Die Sorge vor der subversiven Kraft abweichender Sexualität war das eine, die Aufrechterhaltung klar konturierter Geschlechterbilder das andere: Die deutsche Volksgemeinschaft sollte aus ‚echten‘ und vor allem zeugungswilligen Männern und gebärfreudigen Frauen bestehen und die Ausgrenzung aller anderen trug zu dieser Vorstellung von Gemeinschaft ex negativo bei.«

Denn auch wenn ich nicht glaube – das möchte ich ausdrücklich betonen –, dass sich Geschichte einfach so wiederholt, so sind heute doch Parallelen zu damals unübersehbar. Seit einigen Jahren steigen ausgerechnet in Berlin die Zahlen der Angriffe auf queere Menschen wieder, religiöse, radikalnationalistische und populistische Gruppen, Parteien und Bewegungen machen Stimmung gegen alles, was sie für „unrein“ oder „Gender-Gaga“ halten und bei manch einem wird Ekel und Hass derart befördert, dass er in Gewalt umschlägt. Ich verstehe diese neue Welle von queerphober Gewalt als Backlash, als Reaktion auf Liberalisierung und Diversität, ähnlich wie damals, zu Beginn der 1930er Jahre. Es reicht eben nicht, zu einem Sportereignis nach Katar zu fliegen und dort tapfer eine Regenbogenbinde zu verteidigen, wenn man aus einem Land kommt, in dem sich weiterhin kein aktiver Fußballspieler öffentlich trauen kann, zu seinem Mann zu stehen. Was ihn – und so viele andere – auch 2023 noch davon abhält, das hat einer der großen Vorkämpfer der Schwulenbewegung, der Jurist Karl Heinrich Ulrichs, schon 1867 formuliert: Man müsse kämpfen gegen „eine tausendjährige, vieltausendköpfige, wuthblickende Hydra, welche ... [ihn und seine] Naturgenossen wahrlich nur zu lange schon, mit Gift und Geifer bespritzt hat, viele zum Selbstmord trieb, ihr Lebensglück allen vergiftete“ (zit.n. Stern 2013: 460). Diese Aufgabe ist auch mehr als 150 Jahre später noch aktuell – und am 27. Januar ist ein Tag für uns alle, sich darauf zu verpflichten.

LITERATUR

-  Jelloneck, Burkhard: Nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung in Stadt und Land, in: Zinn, Alexander (Hrsg.): Homosexuelle in Deutschland 1933–1969. Beiträge zu Alltag, Stigmatisierung und Verfolgung, Göttingen 2020, S. 49–59.
-  Stern, Keith: Queers in History: The Comprehensive Encyclopedia of Historical Gays, Lesbians and Bisexuals, Dallas 2013.
-  Sternhell, Zeev: The anti-Enlightenment Tradition, New Haven 2010.

Autor:in



Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum ist Historikerin und leitet seit 2011 das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Ihre Forschungsfelder sind die deutsch-jüdische Geschichte, die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust, sowie die spanische Geschichte. Eine geschlechtergeschichtliche Perspektive bestimmt dabei all ihre Arbeiten.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Feindbild – und als Brücke zwischen rechten und dogmatisch-religiösen Akteur:innen

Gert Pickel

WIDERSTÄNDE AUF DEM LANGEN WEG ZUR ANERKENNUNG

Die Bemühungen um die Gleichheit der Geschlechter sowie zur Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt haben erst im letzten Jahrhundert an Fahrt aufgenommen. So dauerte es nach der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 weitere 40 Jahre bis Frauen – und nicht ihre Männer – über ihr Dienstverhältnis entscheiden konnten. Dem stand allerdings entgegen, dass dies bis 1977 mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar sein musste, worüber wiederum Männer entschieden (Gekeler 2019). Noch länger dauerte es mit der Anerkennung von Homosexualität. Während die Volkskammer der DDR den diskriminierenden §151 StGB erst 1988 aufhob, tat dies der Deutsche Bundestag für Gesamtdeutschland mit dem §175 BGB sogar erst 1994. Die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wurde 2017 erlaubt.

Diese gesetzlichen Anerkennungen trafen allerdings nicht in allen Teilen der Bevölkerung auf restlose Zustimmung. Gerade von konservativer, religiöser und auch rechtsnationaler Seite kam es zu heftiger Kritik, nicht selten verbunden mit einer massiven Abwertung von Feminist:innen, Homosexuellen, Bisexuellen und Transpersonen. Diese ablehnende Haltung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt belebte sich in Deutschland in den letzten Jahren, wie sich an der stetigen Zunahme von Hasskriminalität gegen queeren Menschen und gegen Frauen zeigt (BMI 2022: 10; Ponti 2023). Gerade in jüngerer Zeit hatten vor allem Transpersonen unter Abwertung und Bedrohung zu leiden – speziell in den Sozialen Medien. Dass dortige

Entgleisungen nur die Spitze einer breiteren Ablehnung bis in die Mitte der deutschen Bevölkerung sind, zeigen Umfrageergebnisse: Eigene Berechnungen auf Grundlage der 2022 erschienenen Leipziger Autoritarismus-Studie zeigen, dass 24 % der Deutschen denken, dass durch den Feminismus die gesellschaftliche Ordnung gestört werde und 43 % es ekelhaft finden, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen. Der Weg zu einer vollständigen gesellschaftlichen Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, so wird damit deutlich, ist noch weit.

SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT ALS RELIGIÖSES FEINDBILD

Eine Gruppe, die in diesem Zusammenhang häufig Erwähnung findet, sind religiöse Menschen. Gerade mit Blick auf die vehemente Ablehnung von Abtreibung und Homosexualität unter Evangelikalen und Anhänger:innen der Pfingstkirche in den USA, wird die Frage nach der Positionierung deutscher Christ:innen laut. Hinzu kommen Vorurteile gegenüber in Deutschland lebende Muslim:innen. Nun ist die Haltung religiöser Menschen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vermutlich stark durch die Gesellschaft, in der sie leben, beeinflusst – und tendenziell oft ambivalent. So gibt es religiöse Menschen, die – mit Bezug auf den Wert der Nächstenliebe – sexueller und geschlechtlicher Vielfalt offen gegenüberstehen. Es gibt aber auch religiöse Menschen mit dogmatischen bis fundamentalistischen Vorstellungen ihrer Religiosität, die Abweichungen von einem traditionellen Familienbild als Verstoß gegen Gottes Gebote sehen (EKD 2022: 25–26, 40–42). Sicher: In Deutschland muss man in der Regel nicht damit rechnen, dass Kliniken als „Abtreibungskliniken“ bezeichnet, und im schlimmsten Fall von fundamentalistischen Christ:innen abgebrannt werden. Das hängt mit der kleinen Anzahl dogmatisch-fundamentalistischer Menschen in Deutschland (15% der Mitglieder einer Religionsgemeinschaft) zusammen, aber auch mit der geringen Verbreitung solcher Vorstellungen selbst in dieser Gruppe (Tab. 1). Dass der Blick auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt durch die eigene Religiosität beeinflusst wird, ist allerdings kaum zu leugnen.

»Dass der Blick auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt durch die eigene Religiosität beeinflusst wird, ist kaum zu leugnen.«

TAB. 1: HALTUNGEN ZU SEXUELLER UND GESCHLECHTLICHER VIELFALT

| Untersuchungsgruppe | Alle Befragten | Personen mit dogmatisch-fundamental. Religiosität | Personen mit pluralistischer Religiosität | Wähler:innen AfD | Personen mit rechtsextremer Einstellung |
|---|----------------|---|---|------------------|---|
| Zustimmung der Befragten zu ... | | | | | |
| Frauen, die sich gegen eine Familie und Kinder entscheiden, empfinde ich als egoistisch. (traditioneller Sexismus) | 19 % | 41 % | 19 % | 18 % | 43 % |
| Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen. (traditioneller Sexismus) | 19 % | 40 % | 17 % | 33 % | 43 % |
| Frauen mit großen Forderungen müssen sich nicht wundern, wenn sie wieder in die Schranken gewiesen werden. (Antifeminismus) | 26 % | 40 % | 22 % | 50 % | 57 % |
| Frauen übertreiben Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig, um Vorteile aus dieser Situation zu schlagen. (Antifeminismus) | 18 % | 26 % | 15 % | 42 % | 54 % |
| Homosexuelle Paare sollten keine Kinder adoptieren dürfen. (Homosexuellenfeindlichkeit) | 29 % | 53 % | 27 % | 51 % | 48 |
| Ich finde es ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen. (Homosexuellenfeindlichkeit) | 37 % | 58 % | 35 % | 57 % | 62 % |

Quelle: Eigene Berechnungen; Leipziger Autoritarismus Studie und kombinierte Studie „Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur“ 2020; Personen mit dogmatisch-fundamentalistischer Religiosität = (Literalistisch) „Meine heilige Schrift (>Bibel/Koran<) ist wortwörtlich zu verstehen + (Exklusivistisch) „Andere Religionen sind weniger wahr als meine“; Personen mit rechtsextremer Einstellung = Bestimmung nach Rechtsextremismus-Konssenskala in Leipziger Autoritarismus-Studie.

Erst 2020 konnte in einer mit der Leipziger Autoritarismus-Studie verkoppelten Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland zu „Kirchenmitgliedschaft und politischer Kultur“ ein Homosexuellenfeindlichkeit und Sexismus steigernder Effekt der Religiosität ausgemacht werden, der sich bei dogmatisch und fundamentalistisch denkenden Christ:innen (und auch Muslim:innen) sogar deutlich stärker zeigte (Pickel et al. 2022: 78; Pickel/Pickel 2023: 47; auch Tab. 1). Anders als man dies aufgrund der institutionellen Benachteiligung von Frauen und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in der katholischen Kirche erwartet hätte, betraf dies Katholik:innen und Protestant:innen in vergleichbarer Weise. Vor allem die Nähe zu einem traditionellen Rollenverständnis und dem Bild einer traditionellen Familie dürfte für dieses Ergebnis essenziell sein. Entsprechend zeigt das „Blame Game“, Frauen- und Homosexuellenfeindlichkeit allein Muslim:innen zuzuweisen, was immerhin 2014 doch 82% der Deutschen taten (Pollack et al. 2014: 23), rassistische Züge. Was nicht heißen soll, dass unter deutschen Muslim:innen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nicht auch oft abgelehnt wird. Sowohl bei Muslim:innen als auch bei Christ:innen scheint es sich bei einer solchen fehlenden Anerkennung um ein Problem eines traditionellen und dogmatisch-fundamentalistischen Verständnisses der eigenen Religiosität zu handeln (Öztürk 2023).

Interessant ist, dass gerade das Feindbild der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt eine „Wahlverwandtschaft“ zwischen manch religiösem Menschen und rechts-extrem bzw. rechtspopulistisch denkenden Wähler:innen herstellen kann. Denn auch von der Extremen Rechten wird das Bild der heteronormativen Familie mit Vater, Mutter und mehreren Kindern öffentlich propagiert. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wird in allen Formen als „degeneriert“ und „volksschädlich“ eingeordnet und aktiv bekämpft. Dies reicht von der Beteiligung an Demonstrationen für ein angebliches „Kindeswohl“ bis hin zum Wunsch der Abschaffung von sogenannten Gender-Lehrstühlen. Vor allem ein teils von rechter Seite inszenierter Streit über die sogenannte Gender-Sprache ermöglicht es Kräften der Extremen Rechten weit in die traditionalis-

»Interessant ist, dass gerade das Feindbild der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt eine ‚Wahlverwandtschaft‘ zwischen manch religiösem Menschen und rechtsextrem bzw. rechtspopulistisch denkenden Wähler:innen herstellen kann.«

tisch ausgerichtete Mitte der Gesellschaft vorzudringen – und sie für ihre Wahl zu begeistern. Der Feminismus wird als Quelle allen Übels ausgemacht und wie schon vor 100 Jahren zum Ziel der Antifeminist:innen (Dohm 1902; Hoecker et al. 2020: 251–256). Alle Formen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt werden als Ausdruck der Degenerierung der demokratischen Gesellschaft und Parteiendemokratie gebrandmarkt.

SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT ALS POLITISCHES FEINDBILD

Deutlich wird dies bei Analysen der Wahlentscheidung für die AfD. Neben der allgegenwärtigen Ablehnung von muslimischen Migrant:innen als einem Wahlgrund, erweisen sich antifeministische Vorstellungen als zweite starke Triebkraft für Wähler:innen, der AfD ihre Stimme zu geben. Und das Potenzial ist alles andere als gering: Wenn immerhin 25% der Deutschen überzeugte Antifeminist:innen sind und 27% sexistische Einstellungen aufweisen, übersteigt dies deutlich den Kreis der Rechtsextremist:innen (Kalkstein et al. 2022: 253). In der Betrachtung einzelner Items steigt die Zustimmung zu antifeministischen Items unter Wähler:innen der AfD auf 40–50%. Dies ist keine Mehrheit, doch eine deutlich stärkere Zustimmung als in der Gesamtbevölkerung. Es existiert also eine Klientel, welche über eine klare Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mobilisiert werden kann. Vor allem Bezüge auf die „normale“ Kernfamilie mit biologisch vorbestimmter Zweigeschlechtlichkeit, bei gleichzeitiger Verunglimpfung von Feminist:innen, Geschlechterforscher:innen, von Homosexuellen und Transpersonen bewähren sich als zentrale Strategien von Rechtsextremist:innen und Anhänger:innen der Extremen Rechten sowie der AfD. Alle Formen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt werden als Feindbild präsentiert – und dieses Feindbild wird von nicht wenigen Wähler:innen geteilt (Tab. 1).

Aber warum wird sexuelle und geschlechtliche Vielfalt unter manchen Bürger:innen heute noch als Feindbild gesehen? Die Antwort ist – wie zu erwarten – vielschichtig. Sieht man einmal von Rechtsextremist:innen ab, die aufgrund eines völkisch geprägten Familienbildes mit dem Wunsch, die Nation durch viele Kinder zu stärken, ein heteronorma-

tives Familienkonzept vorziehen, finden sich säkulare wie religiöse Gründe. Zum einen wird sexuelle und geschlechtliche Vielfalt abgelehnt, weil männliche Machtpositionen in der Gesellschaft durch Männer verteidigt werden. Feministische Ansprüche werden entsprechend als schädlich angesehen (Connell 1995). Für die am stärksten zugespitzte Form der Ablehnung solcher Ansprüche sehen sich im Darknet verbrüdernde Incels – Männer, die unfreiwillig ohne Partner:in (und Sex) sind und den Feminismus sowie die gestiegene sexuelle und geschlechtliche Pluralität dafür verantwortlich machen. Es finden sich wie gezeigt aber auch Verteidiger des heteronormativen Familienbildes im kirchlichen und religiösen Raum: Begründen die einen ihre Ablehnung von Vielfalt mit der Abweichung von der biologischen Normalität, sehen die anderen darin eine Abweichung von Gottes Willen von einer traditionellen Familie.

DIE ABLEHNUNG SEXUELLER UND GESCHLECHTLICHER VIELFALT ALS DEMOKRATIESCHÄDLICH

Das Feindbild der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ist nicht nur für die Betroffenen toxisch, was schlimm genug ist: Es ist auch für eine auf Pluralität und die Anerkennung von Pluralität ausgerichtete Demokratie ein schleichendes Gift. Die antidemokratische Stoßrichtung besteht in der Annahme, dass hinter der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ein Traditionen auflösender, „Normalität“ zurückweisender und das ‚homogene Volk‘ schädigender Mechanismus liege. Diesem entgegenzutreten fühlen sich nicht nur dogmatische bis fundamentalistische Mitglieder religiöser Gemeinschaften verpflichtet, sondern auch Vertreter:innen der Extremen Rechten bis hin zu Personen aus der Mitte der Gesellschaft. Aus diesem geteilten Ziel können ungewöhnliche Koalitionen und andere Bündnisse zwischen dogmatisch-fundamentalistisch denkenden Religiösen und rechten Parteien entstehen. Das Feindbild verbindet so nicht nur traditionale, religiöse und extrem rechte Bürger:innen, sondern erweist sich zudem als zutiefst antidemokratisch. Vielleicht ist dies auch der Grund, warum es von Parteien der Extremen Rechten so gerne für

»Das Feindbild der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ist nicht nur für die Betroffenen toxisch, was schlimm genug ist: Es ist auch für eine auf Pluralität und die Anerkennung von Pluralität ausgerichtete Demokratie ein schleichendes Gift.«

die Mobilisierung genutzt wird. Das Feindbild dient als Brücke zwischen ihren antipluralistischen, antimodernen und antidemokratischen Absichten.

LITERATUR

-  BMI: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2022.
-  Dohm, Hedwig: Die Antifeministen, Berlin 1902.
-  Gekeler, Senta: Diese Rechte haben Frauen in den letzten 100 Jahren errungen, in: Human Resources, 5.3.2019, S. 1, URL: <https://www.humanresources-manager.de/arbeitsrecht/diese-rechte-haben-frauen-in-den-letzten-100-jahren-errungen/>.
-  Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver: Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität, Gießen 2020, S. 249–282.
-  Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver: Antifeminismus und Geschlechterdemokratie, in: Decker, Oliver/Heller, Ayline/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Gießen 2022, S. 245–270.
-  Öztürk, Cemal: Revisiting the Islam-patriarchy nexus: is religious fundamentalism the central cultural barrier to gender equality, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, Jg. 7 (2023), H. 1, S. 173–206.

-  Pickel, Gert/Huber, Stefan/Liedhegener, Antonius/Pickel, Susanne/Yendell, Alexander/Decker, Oliver: Kirchenmitgliedschaft, Religiosität, Vorurteile und politische Kultur in der quantitativen Analyse, in: EKD (Hrsg.): Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur, Leipzig 2022, S. 24–97.
-  Pickel, Gert/Pickel, Susanne: Kirchenmitgliedschaft, Vorurteile und politische Kultur. Kernergebnisse der quantitativen Studie Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur, in: Lämmlein, Georg/Rebenstorf, Hilke/Weisheit, Jil (Hrsg.): Religion – Kirche – Vorurteil. Diskussion eines Forschungsprojektes zu Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur, Leipzig 2023, S. 35–52.
-  Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrichs, Nils/Yendell, Alexander: Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden 2014.
-  Ponti, Sarah: Queerfeindliche Hasskriminalität in Deutschland, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität 13 (2023), S. 112–125.

Autor:in



Gert Pickel ist Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Er ist Co-Leiter des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus und Demokratieforschung, des Teilinstitutes Leipzig des Forschungsinstitutes Gesellschaftlicher Zusammenhalt und der vom Bundesinnenministerium geförderten Großstudie „Rassismus in Institutionen“ (InRa). Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Religion, politische Kultur, Rechtsextremismus, Rassismus und Vorurteile.

Ein Abgrund, der uns trennt. Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen für queere Jüdinnen*Juden

Monty Ott



Es ist Zeit vergangen und doch fällt es nach wie vor schwer, Worte zu finden. Die Zunge klebt am Gaumen, der Kloß im Hals wird immer größer. Der unmittelbare Schock, unter dem sich mein Denken gebogen hat, ist unendlicher Trauer, Wut und der bitteren Erkenntnis gewichen, dass die Leben von Jüdinnen*Juden in Teilen der deutschen Gesellschaft wenig Wert zu sein scheinen. Ich hatte gehofft, dass das Ausmaß der Massaker und systematischen misogynen Gewalt selbst diejenigen erschüttern würde, die sich sonst im Gestus der Gerechten als maßlose und einseitige „Kritiker*innen“ Israels hervortun. Jedoch schreckten nur einige tatsächlich auf und waren nun bereit, die Gewalt der islamistischen Terrororganisation Hamas – die sie nicht nur gegen Israelis, sondern auch gegen die eigene palästinensische Bevölkerung ausübt – anzuerkennen und zu verurteilen. Teile der globalen Linken wiederholten leider nur wieder ihren alten Sermon, der gleichsetzt oder parallelisiert, was sich nicht gleichsetzen lässt. Einer Empathie für Israelis und Palästinenser*innen gleichermaßen schei-

nen viele nicht fähig zu sein, die sich als Teil der globalen Linken oder als Menschenrechtsverfechter*innen verstehen. Empathie für Israelis, die Opfer eines seit der Shoa nicht dagewesenen antisemitischen Grauens wurden. Und Empathie für Palästinenser*innen, die nicht nur unter der Herrschaft einer islamistischen Terrorgruppe zu leiden haben, sondern auch die Leidtragenden von Israels Krieg gegen diese Terrorfürsten und zur Befreiung der verbliebenen über 130 von der Hamas nach Gaza verschleppten Geiseln sind.

»Einer Empathie für Israelis und Palästinenser*innen gleichermaßen scheinen viele nicht fähig zu sein, die sich als Teil der globalen Linken oder als Menschenrechtsverfechter*innen verstehen.«

Die Enttäuschung darüber fasste die Journalistin Erica Zingher zusammen: „Israelische Frauen wurden vergewaltigt, missbraucht, verbrannt, enthauptet, ermordet – zum Teil vor ihren Kindern. Man könnte erwarten, dass Frauenrechtsorganisationen weltweit kollektiv aufschreien [...]. Eine der wichtigsten Frauenorganisationen der Welt, UN Women, schwieg wochenlang.“ Zingher benennt in ihrem Text für die taz, was in der Berichterstattung viel zu lange ignoriert wurde: „Der Angriff war nicht nur ein antisemitischer, sondern auch ein frauenfeindlicher, der sich gegen sexuelle Freiheit, Emanzipation und das Leben richtete“ (Zingher 2023).

Ich hätte viel lieber einen Text über queer-jüdische Selbstbehauptung geschrieben. Doch ein solcher Text würde in dieser Situation einer Flucht gleichkommen. Einer Flucht davor, was viele queere, feministische und intersektionale Jüdinnen*Juden derzeit beschäftigt. Dazu gehören Schweigen, Ignoranz und Relativierungen jener Bewegungen, mit denen sie sich identifizieren und von denen sie ein Teil sind. Die unvorstellbar grauenvolle, systematische sexualisierte Gewalt gegen jüdische Frauen, aber auch Männer, Senior*innen und Kinder hätte doch genauso Solidarität abnötigen müssen, wie die Gewaltandrohung gegen alle Jüdinnen*Juden weltweit.

Der auf kritische Männlichkeitsforschung und sexualisierte Gewalt spezialisierte Sozialpsychologe Rolf Pohl bezeichnet das Vorgehen der Hamas als „moderne Variante der Zurschaustellung von Kriegstrophäen“ (Pohl 2023). Dabei bezieht er sich nicht nur darauf, wie die entführten Israelinnen im Gaza-Streifen erniedrigt wurden, sondern auch

auf das Streaming der Gewalttaten, als die Hamas-Kämpfer in Kibbuzim, Ortschaften und auf dem Super-Nova-Festival Menschen massakrierten, vergewaltigten, ihre Körper verstümmelten und diese Taten ins Internet streamten. Der Hass der Täter sei ein dreifacher gewesen: „Sie ist Israelin, das ist Hass auf den Staat; sie ist Jüdin, das ist Antisemitismus. Und drittens ist das Opfer eine Frau“ (Pohl 2023). Müsste diese Dimension, also eine intersektionale Verschränkung von Antisemitismus und sexualisierter Gewalt, nicht besonders intersektionale und queer-feministische Bündnisse auf den Plan rufen? Manche Teile dieser Bewegungen schwiegen, andere relativierten die Gewalt gegen jüdische Frauen, oder noch schlimmer: Manche übten sich sogar in Rechtfertigung. Das war eine unendlich schmerzvolle Erfahrung für queere Jüdinnen*Juden. Zeigte sich damit doch wieder einmal, wie enorm die Probleme mit Antisemitismus in diesen Bewegungen sind. Und verstärkte das fehlende Mitgefühl doch das Gefühl der Einsamkeit queerer Jüdinnen*Juden. Dabei sollten diese Bewegungen doch gerade deshalb aktiv werden, weil es sich, wie die Soziologin Karin Stögner nicht müde wird zu erklären, bei Antisemitismus um „eine [...] durch und durch intersektionale Ideologie“ handelt, die „integriert und operiert durch Momente, die an sich nicht antisemitisch erscheinen mögen, sondern antifeministisch, sexistisch, homophob, rassistisch oder nationalistisch“ (Stögner 2022).

»Müsste die intersektionale Verschränkung von Antisemitismus und sexualisierter Gewalt nicht besonders intersektionale und queer-feministische Bündnisse auf den Plan rufen?«

Diese Verbindung ist nicht nur in der kriegerischen Auseinandersetzung des arabisch-israelischen Konfliktes zu beobachten, sondern genauso in der deutschen Gesellschaft (und grundsätzlich überall da, wo Antisemitismus auftritt). Die Ausblendung dessen ist ein strukturelles Problem. Darauf macht Pohl aufmerksam: Gerade in Deutschland werde dieser Aspekt, die Komponente des Frauenhasses, oft „bagatellisiert“ (Pohl 2023). Er verweist in diesem Zusammenhang auf die öffentliche Wahrnehmung des Anschlags auf die jüdische Gemeinde und den KiezDöner in Halle 2019, wie auch auf die der Terroranschläge von Oslo und Utøya 2011, bei denen der Antifeminismus und Sexismus im Weltbild der Täter laut Pohl eine Scharnierfunktion eingenommen habe (Pohl 2023).

Es mutet widersprüchlich an, hier ausgerechnet Judith Butler zu zitieren, da die Philosophin fragwürdige Positionen im arabisch-israelischen Konflikt vertrat und vertritt, unter anderem die, dass Hamas und Hisbollah Teil der globalen Linken seien. Doch ich möchte mit Butler, der queerfeministischen Vordenkerin, gegen die Leerstelle, die Antisemitismus in queeren und intersektionalen Bewegungen bildet, argumentieren: So schreibt Butler in „Gewalt, Trauer, Politik“ davon, dass sich Trauer und Anteilnahme am Tod von Menschen unterschiedlich verteilen. Bestimmend dafür sei die gesellschaftliche Norm. Es entstehe eine „Hierarchie der Trauer“, in der „bestimmte Menschenleben [betrauenswürdiger] [...] sind als andere“ (Butler 2020: 47–49). Betrauert wird, so hält es auch Maren Romstedt bei *Belltower* fest, wer nicht marginalisiert ist (Romstedt 2021).

Nun sind die Einsprüche vorprogrammiert: Jüdinnen*Juden würden doch in Deutschland betrauert. Das träfe vor allem auf die sechs Millionen Ermordeten der Shoa zu. Dabei gilt für das gegenwärtige Verhältnis zu den ermordeten Jüdinnen*Juden, was die Sozialpsycholog*innen Alexander und Margarete Mitscherlich in „Die Unfähigkeit zu trauern“ bereits für die 1960er-Jahre festgestellt haben: Es würden nur „die passenden Bruchstücke der Vergangenheit zur Erinnerung zugelassen“ (Mitscherlich/Mitscherlich 1986: 26). Ein Befund, der auch durch den Multidimensionalen Erinnerungsmonitor, eine Studie zur Erinnerungskultur in Deutschland, bestätigt wird: Die Erinnerung an Jüdinnen*Juden geschieht demnach nicht um ihrer selbst willen; zudem wird sie oft instrumentalisiert, um die Demokratisierung Deutschlands unter Beweis zu stellen. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Kontinuität antisemitischer Gewalt findet genauso wenig statt wie eine mit gegenwärtigem jüdischen Leben oder mit der Pluralität des vernichteten jüdischen Lebens. Wie Esther Dischereit betont, werden Jüdinnen*Juden „in der öffentlichen Wahrnehmung wieder und wieder ‚Jude‘ und nichts als Jude, gleichsam tot, was [...] [die] Zugehörigkeit zur Gattung betrifft“ (Dischereit 1998: 19f.). Mitgefühl und Anteilnahme angesichts der Gewalt gegen Israelis oder mit Opfern antisemitischer Angriffe ist seit Jahren daher eher spärlich bemessen. Doch nun wird sicher eben-

»Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Kontinuität antisemitischer Gewalt findet genauso wenig statt wie eine mit gegenwärtigem jüdischen Leben oder mit der Pluralität des vernichteten jüdischen Lebens.«

falls eingewendet, dass es ungleiche Anteilnahme für israelische und palästinensische Opfer des aktuellen Krieges gäbe. Zum Teil stimmt das sogar und es ist nicht minder kritikwürdig.

Ebenso kritikwürdig, wie der Umstand, dass in etlichen queeren, intersektionalen und feministischen Gruppen ein Schweigen gegenüber der sexualisierten Gewalt an israelischen Frauen hegemonial war. Israelis und Jüdinnen*Juden schienen selbst am 8. Oktober manchen wenig betrauerbar. Diese Leerstelle unterstreicht das Scheitern an den eigenen Konzepten: Es wäre die Aufgabe dieser Bewegungen, die intersektionale Verschmelzung von Antisemitismus und sexualisierter Gewalt bzw. Antifeminismus zu benennen. Die Gewalt der Hamas war, so fasst es der Historiker Dan Diner zusammen, „genozidal“. Die Gräueltaten seien „insofern hochsymbolisch“ gewesen, „als die über den Tod hinaus verunstalteten Leiber offenbar für den kollektiven Körper der israelischen Juden zu stehen hatten“ (Diner 2023). Diese Symbolik erreichte Jüdinnen*Juden weltweit. Sie betonte, wie prekär die Sicherheit von jüdischen Communities ist – und das in einer Situation, in der Antisemitismus seit Jahren zunehmend offener und gewaltvoller auftritt. Wer Jüdinnen*Juden und Israelis pauschal als weiß bezeichnet, verkennt die Bedrohung durch den Antisemitismus und dessen intersektionale Verflechtungen. Diner kommt zu dem Schluss, dass Israel nie wieder so sein wird, wie es war. Genauso gilt: Das Verhältnis von queeren Jüdinnen*Juden zu queeren und intersektionalen Bewegungen wird nie wieder so sein, wie es einmal war.

LITERATUR



Butler, Judith: Gewalt, Trauer, Politik, in: dies. (Hrsg.): Gefährdetes Leben. Politische Essays, Frankfurt/Main 2020, S. 36–68.



Diner, Dan: Sie stellen den Israelis den Vernichtungstod in Aussicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.2023, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/israel-krieg-hamas-stellen-israelis-den-vernichtungstod-in-aussicht-19265630.html> [5.2.2024].

-  Dischereit, Esther: Kein Ausgang aus diesem Judentum, in: dies. (Hrsg.): Übungen, jüdisch zu sein: Aufsätze, Frankfurt/Main 1998, S. 16–35.
-  Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern, München 1986 [1977].
-  Pohl, Rolf: Massaker der Hamas: „Das ist die moderne Variante der Zurschaustellung von Kriegstrophäen“, in: Süddeutsche Zeitung, 2.11.2023, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/frauenhass-hamas-israel-vergewaltigungen-interview-sozialpsychologe-pohl-1.6297576?reduced=true> [5.2.2024].
-  Romstedt, Maren: Die queere Bewegung und der Hass auf Israel, in: Belltower News, 23.7.2021, URL: <https://www.belltower.news/antisemitismus-die-queere-bewegung-und-der-hass-auf-israel-119049/> [5.2.2024].
-  Stögner, Karin: Intersektionalität und Antisemitismus, in: bpb, 12.12.2022, URL: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/516233/intersektionalitaet-und-antisemitismus/> [5.2.2024].
-  Zingher, Erica: Und was ist mit den Israelinnen?, in: taz, 24.11.2023, URL: <https://taz.de/Gewalt-an-Frauen/!5972451/> [5.2.2024].

Autor:in



Monty Ott ist Politik- und Religionswissenschaftler sowie politischer Schriftsteller. Er publiziert zu tagespolitischen Themen und beschäftigt sich mit Antisemitismus, Erinnerungskultur, Intersektionalität und Queerness. Anfang 2023 erschien sein Essay „Inzwischen ist es kalt geworden“ über Antisemitismus in linken Bewegungen. Seit über einem Jahrzehnt engagiert sich Monty Ott in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Von 2018 bis 2019 war er Vorsitzender des queer-jüdischen Vereins Keshet Deutschland. Er verfasste gemeinsam mit Ruben Gerczikow den 2023 veröffentlichten Reportageband „Wir lassen uns nicht unterkriegen“ – Junge jüdische Politik in Deutschland“.

Am Roundtable: Gender im Diskurs



Christina Wolff ist zentrale Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Koordinationsbüros für Chancengleichheit an der Universität Potsdam sowie Vorstandsfrau bei der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof). Sie ist Mitherausgeberin des 2023 erschienenen Bandes „Geschlechter in Un-Ordnung“.

Sigrid Roßteutscher ist Professorin am Institut für Soziologie an der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt sozialer Wandel und sozialer Konflikt. Sie forscht unter anderem über den Zusammenhang von Populismus, Polarisierung und die damit verbundene abnehmende demokratische Legitimität.

Hannah Lotte Lund ist Historikerin und Literaturwissenschaftlerin am Zentrum für Antisemitismusforschung sowie Projektleiterin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Geschlechtergeschichte und jüdischer Geschichte sowie im Bereich Kulturgeschichte und Erinnerungspolitik.

LaG: Wir wollen darüber sprechen, ob Debatten zum Thema Gender sich zu unterschiedlichen Zeiten ähnelten. Sind ähnliche Mechanismen, Themen oder Argumente erkennbar – und wie und warum haben sie sich möglicherweise im Laufe der Zeit verändert? Außerdem wollen wir diskutieren, warum das Thema Gender ein solches Erregungs- und vielleicht sogar gesellschaftliches Spaltungspotenzial birgt. Um das greifbar zu machen, haben Sie konkrete Debattenbeispiele aus Ihrem jeweiligen Arbeitsbereich mitgebracht.

Christina Wolff: Ich möchte die Diskussion mit dem Beispiel der dritten Geschlechtsoption und der damit verbundenen Debatte zu Geschlechtervielfalt an Hochschulen eröffnen und mit der politischen Komponente starten: 2017 fiel das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und 2018 gab es dann die Änderung des Personenstandsgesetzes.

Damit gibt es eigentlich eine klare gesetzliche Vorgabe, dass es mehr als nur zwei Geschlechter gibt. Aber das Festhalten an einem binären Geschlechterverständnis stabilisiert Machtstrukturen, auch und vielleicht gerade an der Hochschule. In der Wissenschaft kriegen wir Gelder hauptsächlich über Drittmittel oder aus dem Landeshaushalt. Und wenn man sich anschaut, wie die Förderrichtlinien der DFG z.B. oder auch des Bundes sind, dann ist das häufig zweigeschlechtlich geteilt. Man bekommt eben Geld – ich sage es jetzt so polarisiert – für Frauenförderung, aber wenn man versucht, auch TIN* [trans*, inter*, nicht-binäre]-Personen zu fördern, wird das häufig erst einmal in Frage gestellt bzw. benötigt es eine aufwendige Begründung. Mit Freude habe ich die Novelle des brandenburgischen Hochschulgesetzes zur Kenntnis genommen, welche von Geschlechtern, und nicht mehr von der Gleichstellung von Männern und Frauen spricht. Das eröffnet neue Räume zur Deutung von Geschlecht und der Förderung der Geschlechtervielfalt, z.B. sprachlich, indem inklusiv der Gender-Stern verwendet wird. Zur sprachlichen Gleichbehandlung gehört aber auch, dass man Diskriminierungsstrukturen abschafft und auch verhindert, dass in den IT-gestützten Systemen der Hochschule ununterbrochen gemisgendert wird, weil Geschlechts- und Namensanpassungsprozesse nicht funktionieren. Diese Prozesse ändern sich zwar, aber sehr langsam und nur mit sehr viel Arbeit. Wie das gut funktionieren kann an Hochschulen, wird zum einen in der bukof-Kommission für queere* Gleichstellungspolitik erarbeitet und zum anderen haben wir das auch in unserem Buch „Geschlechter in Unordnung“ ausführlich besprochen. Hier ist Austausch und Netzwerken wichtig für das Handeln der Gleichstellungsakteur*innen an Hochschulen.

»Das Festhalten an einem binären Geschlechterverständnis stabilisiert Machtstrukturen, auch und vielleicht gerade an der Hochschule.«

Jenseits einer geschlechtergerechten Sprache brauchen wir außerdem Räume im Sinne von Infrastruktur – ich spreche tatsächlich über All-Gender-Toiletten und Umkleidekabinen. Ich mag es zwar nicht, wenn meine Arbeit auf Toiletten reduziert wird, aber es passt gut als Veranschaulichung. Denn ich muss häufig legitimieren, wenn gefragt wird: Wie viele betrifft das denn? Brauchen wir jetzt für diese Personen, die sich als divers (keine Selbstbezeichnung, sondern als Personenstandskategorie) eingetragen haben, eine All-

Gender-Toilette auf jedem Campus? Da zeigt sich ein gewisser Widerstand gegen Veränderungsprozesse und ein Unverständnis, welche strukturellen Hindernisse es aktuell gibt. Es wird sich nicht intersektional mit Ausgrenzung, Abwertung und Privilegien auseinandergesetzt.

Am Thema Gender werden häufig auch rechtskonservative und antifeministische Debatten aufgezogen. Ich erinnere mich an den Auftakt unseres Queer-at-Work-Netzwerks [in Potsdam]. Das ist ein Netzwerk für queere Beschäftigte, mit dem wir einen Safe Space schaffen wollten. Das war ein großes Event, wir haben die Regenbogenfahne gehisst. Und es gab vorher von der Jungen Alternative einen Aufruf, sich dagegen zu wehren, den ganzen Pride-Monat in Frage zu stellen. Wir brauchten Polizeischutz auf dem Campusgelände für diesen Tag. Diese offene Queerfeindlichkeit und der damit verbundene Antifeminismus ist beängstigend und nimmt in unserer Wahrnehmung öffentlich zu. Aber auch innerhalb der Hochschule beobachte ich eine Zunahme von Widerständen: Wenn ich z.B. gefragt werde, ob Safe Spaces für queere Personen oder für BIPOC-Studierende [Black, Indigenous and People of Colour], nicht eigentlich „Diskriminierung“ gegenüber denjenigen ist, die nicht dabei sein dürfen, also z.B. weiße Personen. Das ist provokant, antifeministisch, antidemokratisch, es fehlt ein Verständnis von diskriminierenden Strukturen, von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Da brauche ich Verbündete – gerade in der Forschung –, die es zu wenig gibt. In ganz Deutschland braucht es mehr interdisziplinäre Geschlechterforschung, Postcolonial Studies, Diversitäts- und Antidiskriminierungsforschung. Wir brauchen mehr Unterstützung durch die Forschung, aber auch politisch und durch entsprechende Netzwerke, um mit Expertise und Kompetenz gegen diskriminierende und antifeministische Angriffe vorzugehen.

Sigrig Roßteutscher: Ich würde gerne als Politikwissenschaftlerin die Perspektive der Parteien- und Wahlforschung einbringen. Die gendergerechte Sprache, das ist das heiße Thema, das wir im Moment diskutieren. Auf Länderebene gibt es Koalitionsverträge, die das Gendern sogar verbieten, etwa in Sachsen und Hessen. Ich bin sehr gespannt, wie die Unis in Hessen reagieren, wenn da tatsächlich ein Beschluss von oben kommt. Aber warum ist das ein Thema für *demokratisch*-konservative Parteien? Zum

Beispiel scheint die CDU/CSU sich ja irgendetwas davon zu versprechen – etwa, dass sie durch das Verbot von gendergerechter Sprache mobilisieren kann. Und empirisch betrachtet kann sie das auch.

Es gibt diese zwei Aspekte von *gender issues*: Der eine ist ganz klassisch, Sie haben es angesprochen Frau Wolff, das Binäre, das ist die Gleichstellung von Mann und Frau. *Hier* ist die deutsche Gesellschaft mehrheitlich progressiv und stimmt zu. Das ist kein Aufregerthema mehr, sondern höchstens ein Nischenthema für manche Extreme. Dann gibt es aber diese zweite Dimension – das lässt sich empirisch ganz klar zeigen –, die mit der klassischen Gleichstellungsdimension zwar korreliert, aber nur sehr bescheiden, und das ist genau dieser Diversitätsaspekt. Da geht es um gendergerechte Sprache, um All-Gender-Toiletten und grundsätzlich darum, ob man glaubt, dass es neben Mann und Frau überhaupt noch ein drittes Geschlecht geben kann. Und hier zeigt sich statistisch eine ganz andere Dimension: Wir haben in der deutschen Gesellschaft ganz viele Leute, die *sehr* progressiv sind hinsichtlich Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen – und gleichzeitig traditionell und höchst skeptisch gegenüber diesen neuen nicht-binären Genderthemen. Kurz gesagt: Wir haben auf der einen Seite eine ganz große Mehrheit *für* Gleichstellung und wir haben eine ganz große Mehrheit *gegen* diese non-binären Geschichten. Und *das* ist – denken die Konservativen – ein fruchtbarer Boden für die Mobilisierung von Mehrheiten. Das ist politisch gegebenenfalls auch spalterisch.

»Wir haben in der deutschen Gesellschaft ganz viele Leute, die sehr progressiv sind hinsichtlich Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen – und gleichzeitig traditionell und höchst skeptisch gegenüber diesen neuen nicht-binären Genderthemen.«

Was wir außerdem sehen: Extrem konservative, traditionelle oder rechte Positionen zu diesem Thema sind stark verknüpft mit antimigrations- und muslimfeindlichen Einstellungen. Wenn also die CDU/CSU auf diesen *gender issues* mobilisiert und kognitiv sowie emotional mit geschlechterneutraler Sprache und All-Gender-Toiletten etc. gleichzeitig aktiviert: „Ich bin auch gegen Migration, ich mag Muslime nicht“, dann mobilisiert sie eigentlich für eine ganz andere Partei, die mit *diesen* Themen das Feld besetzt, die AfD. Wir nennen das *issue ownership*. Und deshalb ist die Fra-

ge, ob sich die CDU/CSU nicht ein Eigentor damit schießt, indem sie denkt, mit „Anti-Gender“ ein traditionalistisches Thema abzugreifen, gegen das es Mehrheiten gibt, und ob sie dabei auf dem Schirm hat, dass sie damit etwas aktivieren kann, was wiederum Wähler und Wählerinnen eher zur AfD treibt.

Hannah Lotte Lund: Es ist leider nicht nur die CDU. Wir sind gerade hier in Berlin plakatiert – wegen der zu wiederholenden Wahl – „für kontrollierte Migration“ – FDP, das heißt wohl auch für kontrollierte Vielfalt. Also scheinen noch andere Parteien auf diese Kombination von Anti-Vielfalt und Migration zu setzen. Dieses Mobilisierungspotenzial, das Sie ansprachen, habe ich bei der Frage nach der Funktion der Geschlechterdebatten vielleicht unterschätzt, es wird aber in der Wahl jetzt deutlich.

Mit der Frage, welche anderen Funktionen Geschlechterdebatten haben und hatten, versuche ich jetzt, den Bogen in die Geschichte zu schlagen, exemplarisch in eine Zeit, in der Binarität verteidigt wurde, zu Ungunsten der Frauen. Eine Zeit, in der die Geschlechterfrage mit der politischen Frage insofern gemeinsam diskutiert wurde, als dass die Geschlechterordnung am Nationalismus hing. Denn um 1900, als es darum ging, Frauen von Studium und Berufstätigkeit fernzuhalten, war es auch immer der *deutsche* Mann, der durch die Bestrebungen der Frau gefährdet war. Dazu habe ich ein Zitat mitgebracht: „Das Recht zur tätigen Teilnahme am öffentlichen Leben ist unlösbar verquickt mit der Pflicht des Waffendienstes. Und solange wir keine Mann-Weiber und Amazonen züchten wollen, solange hat die Frau auf dem Markte oder der Rednertribüne und natürlich auf der Universität zu schweigen“. Man hat in Europa 50 Jahre darüber diskutiert, ob man Frauen an die Universität lässt. Das Interessante ist: Es handelt sich hier um die Wiederaufnahme von Argumenten aus einer vorhergehenden Debatte. Es werden immer Geschlechterqualitäten verhandelt, entweder das Gehirn, also etwas Anatomisches, das heißt: Sie *können* gar nicht, oder aber auch, als sittliche Argumentation: Sie *sollen* gar nicht, weil dann sozusagen die Kultur verliert. Und natürlich: Sie *dürfen* gar nicht. Privilegien werden verteidigt, weil Frauen die bestehenden

»Argumente kehren wieder, wie z. B. die kleineren Gehirne oder der Geschlechtscharakter der Frau und des Mannes, die bereits um 1800 entwickelt wurden.«

Hierarchien hinterfragt haben. Und Argumente kehren wieder, wie z.B. die kleineren Gehirne oder der Geschlechtscharakter der Frau und des Mannes, die bereits um 1800 entwickelt wurden. Eine Sprache kehrt wieder, die bereits zuvor, im postrevolutionären Zeitalter, entwickelt wurde, um die Welt zu sortieren. Das Geschlecht wird genutzt, um Ordnung in der Welt zu schaffen. Man hält um 1800 an der Natur und an den Geschlechtern fest, weil die Revolution gerade alles durcheinandergeworfen hat und die Religion nichts mehr zählt. Man sucht ein neues Ordnungssystem – und das wurde dann die Natur und die Geschlechter. An diesen Geschlechterdebatten zeigt sich eine Haltbarkeit von Argumenten. Und zum anderen eine starke Beunruhigung, die mit großem rhetorischen Aufwand niederkämpft wird. Und man fragt sich damals wie heute: Warum? Warum sind die Leute so beunruhigt von dem, was landläufig mit Gendertoiletten abqualifiziert wird? Warum haben die Menschen Angst davor? Warum kann man mit so einem Sternchen mobilisieren?

Wolff: Ich fand sehr interessant, wie Sie die Verbindung gezogen haben zu Biologisierung und Pathologisierung. Mir wird häufig von Trans- oder von nicht-binären Personen rückgemeldet, wie sie immer wieder gefragt werden: „Wer bist du denn nun wirklich?“ Ich denke, dass diese Respektlosigkeit – und für die Fragenden selbst Reduktion von Komplexität –, aus einer großen Handlungsunsicherheit entspringt. Ich stelle aber auch fest, dass es oft verallgemeinernd im Kollektiven passiert. Wenn aber ein Mensch, der verunsichert ist, z.B. eine Transperson kennenlernt und man dann einmal kurz über Pronomen gesprochen hat, über den Namen und vielleicht auch von eigenen Erfahrungen der Abwertung berichtet – dann verändert sich etwas. Sie sehen einen Menschen und vielleicht weniger das Geschlecht. Es gibt einen Unterschied zwischen individuellem Handeln und kollektiver Angst. Angst, Strukturen zu hinterfragen, sich selbst und die eigenen Erfahrungen und Privilegien zu hinterfragen. Auch Macht abzugeben und damit Veränderungen, Ausdifferenzierung von Gesellschaft zu akzeptieren. Zum Beispiel, als Frauen studieren und arbeiten gingen, konnten sie weniger im Haushalt tätig sein. Damit hat sich das gesellschaftliche Gefüge verändert. Räume mussten fortan geteilt werden. Es geht aber noch weiter: Ich nehme als Beispiel den weißen, privilegierten an der Uni tätigen Mann. Und der muss jetzt plötzlich im Bewer-



Streit um die Hosen zwischen Eheleuten, kolorierter
Holzschnitt von Deckherr nach Montbéliard, um 1810.
© Hannover, Wilhelm Busch – Deutsches Museum für
Karikatur und Zeichenkunst, B 0563

bungsgespräch Angst haben, dass jemand mit Migrationsgeschichte, egal welches Geschlecht, irgendwie Vorteile erhält, denn das Narrativ des Privilegierten ist: Der ist nur wegen irgendwelcher Quoten hier – eine rassistische Zuschreibung. Die Personen waren aber schon immer da, nur hatten sie bisher weniger Zugang zu den homogenen Räumen. Und ähnliches passiert bei der Kategorie des dritten Geschlechts, Abwertung und Aberkennung, u.a. aus Angst, Räume zu teilen.

Roßteutscher: Darf ich widersprechen? Macht und Abgabe von Privilegien, ja – für die binäre Dimension. Hier geht es tatsächlich darum, Frauen an die Macht zu lassen, durch Quoten usw. Die zweite, nicht-binäre Dimension ist eine kulturelle und, wie Frau Lund andeutete, in Zeiten von großen Umbrüchen, Revolutionen oder Krisen, ist das letzte, was bleibt zur Stabilisierung: Identität. Es gibt Frauen und Männer und dazwischen gibt es nichts mehr. Nicht-binäre Personen nehmen uns keine Macht oder Privilegien. An den Universitäten, bei der Besetzung von Posten, bei dem Kampf, der aus gewissen Ecken gegen Quoten geführt wird, geht es um Machtkämpfe zwischen Männern und Frauen. Das andere ist kulturell und macht Angst. „Wir haben schon akzeptiert, dass es Schwule gibt und Lesben gibt, was kommt da jetzt noch?!“ Das sind Weltbilder, die zusammenkrachen, und das hat wenig mit Machtkampf und sehr viel mit Identitäten zu tun.

LaG: Ist Biologisierung für konservative Parteien auch ein Bindeglied zwischen dem Migrations- und dem Gender-Thema?

Roßteutscher: Vermutlich, aber ich kann es nicht genau sagen. Da haben wir die Zahlen nicht. Der Mechanismus ist einfach: Ihr gehört zu uns, ihr gehört nicht zu uns und wir schließen das Fremde aus. Denn das Fremde, Unbekannte ist gefährlich. Und das ist eben die nicht-binäre Person genauso wie die nicht-deutsche, angeblich nicht in unseren Kontext passende Person.

Lund: Ich habe eine Frage hinsichtlich der Interpretation der Debatten. Ich glaube, dass die Tendenz, dass wir zwischen dem Binären und dem Vielfältigen trennen, aus Gründen der Abwehr geschieht und wichtig ist. Sehr oft werden die Punkte aber auch vermischt und alles in einen Topf geschmissen. „Gender? Ach, das sind diese Toiletten“. Oder, wenn ich als Frau solche Dinge diskutieren will, die Haltung: „Was wollt ihr eigentlich noch? Ihr könnt doch schon arbeiten und studieren, was kommst du mir mit Geschlechterthemen?!“ Und dann muss man das mühselig auseinandersortieren.

Und daran anschließend habe ich eine Frage zu einer historischen Debatte aus der Weimarer Zeit. Da gab es ein Diversitäts-, ein Vielfaltsmodell von Magnus Hirschfeld. Der hat in Berlin das Institut für Sexualwissenschaft gegründet und eine Theorie entwickelt von den sexuellen Zwischenstufen. Deren Grundidee ist, dass jeder Mensch eine Mischung aus männlich, weiblich in beliebiger Zusammensetzung, ist, und dass es deshalb beliebig viele Geschlechter gibt, weil sich jede*r aus verschiedenen sexuellen und Genderaspekten zusammensetzt. Diese Theorie wurde intensiv diskutiert und von konservativen Kräften schon bekämpft, lange bevor Hirschfelds Institut von den Nazis zerstört wurde, weil es das absolute Feindbild war. Aber: Wir hatten das schon mal, eine Idee der geschlechtlichen Vielfalt. Sie blieb aber auch nach der NS-Zeit vergessen und wird erst jetzt wieder im Zuge der Queer Studies ausgegraben. Warum wurde das in den 1920ern akzeptiert und dann so nachhaltig zerstört?

»Wir hatten das schon mal, eine Idee der geschlechtlichen Vielfalt. Sie blieb aber auch nach der NS-Zeit vergessen und wird erst jetzt wieder im Zuge der Queer Studies ausgegraben. Warum wurde das in den 1920ern akzeptiert und dann so nachhaltig zerstört?«

Roßteutscher: Das historische Beispiel zeigt, dass die Debatte nicht neu ist, sondern wiederkehrt. Aber natürlich haben sich Gender-Themen historisch immer verändert. Kein Mensch würde heute mehr sagen, Frauen sind zu blöde zu wählen, sie haben nicht das Hirn dazu, ihre Emotionen und Gene erlauben ihnen nicht den rationalen Blick. Heute reden wir darüber, ob Frauen in führenden Positionen ordentlich vertreten sind und ob man da mehr machen muss. Aber viele Dinge sind mehrheitlich konsensuell. Und dann kommt diese Identitätsfrage: „Jetzt wollt ihr auch noch ein drittes Klo haben. Für welche 0,04 Prozent der Gesellschaft?“. Das sind ja die Nachfragen, die Frau Wolff auch schildert, „was machen wir hier für eine Politik, für welche irrelevanten Subgruppen der Gesellschaft?!“. Und da kommen im Moment noch – genau wie es für die Männer im 19. Jahrhundert unvorstellbar war, dass die Frauen wählen – komplette Abwehrreaktionen. Ich habe vorhin gesagt, die Genderfrage habe nichts mit Macht zu tun. Das muss ich ein bisschen revidieren. Sie hat aber vor allem mit einer Vorstellung von der richtigen Welt, von der Sortierung der Welt, zu tun.

Wolff: Zu Ihrer Frage, Frau Lund, warum so viel vermischt wird im Diskurs: Wir lassen zu selten TIN*-Personen selbst zu Wort kommen. Auch wir hier sind ein weißer Raum, wir haben uns *nicht* mit Pronomen vorgestellt, sind aber wahrscheinlich alle weiblich sozialisiert. Hätten wir eine größere Vielfältigkeit an Sprecher*innen, würde sich die angesprochene Dualität stärker auflösen. Ich finde es allerdings auch nicht unbedingt sinnvoll, die Debatten zu trennen. Ich spreche oft von intersektionaler Gleichstellungsarbeit. Man muss schauen, wie Klassismus, Rassismus und Sexismus ineinander verwoben sind und sich in Machtkonstruktionen widerspiegeln. Und man kann das, wenn ich Frau Roßteutscher richtig verstanden habe, ja auch nicht trennen. Es gibt Menschen, die auf diesen Antimigrations-Zug aufspringen, was durch eine Gender-Antihaltung ausgelöst werden kann.

»Man muss schauen, wie Klassismus, Rassismus und Sexismus ineinander verwoben sind und sich in Machtkonstruktionen widerspiegeln.«

Und zu dem historischen Beispiel: Die 1920er Jahre waren eine sehr aufregende Zeit, es ist wahnsinnig viel passiert in Deutschland und es entwickelte sich offensichtlich auch

ein Widerstand gegen vieles, was passierte. Vielleicht beobachten wir heute ähnliches: Dass es, wenn viele gesellschaftliche Veränderungsprozesse zeitgleich geschehen, zu komplex wird. Und zugleich ist das Thema rund um Geschlechtervielfalt komplex. Wenn ich an der Hochschule gebeten werde, das Thema Vielfalt, Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit *verständlicher* zu erklären, frage ich mich: Wird dieser Anspruch auch an eine Physiker*in gestellt? Zu den Themen Gendern, Migration etc. haben *alle* eine Meinung, die allerdings nicht mit Expertise gleichzusetzen ist. Aber deshalb wird schnell vieles in einen Topf geworfen, es gibt einen Mangel an differenziertem Wissen.

Roßteutscher: Aber wir haben 50 Prozent Frauen, 50 Prozent Männer ...

Wolff: Nein.

Roßteutscher: ... und dann haben wir da ein, zwei Prozent Diverse?

Wolff: Das wissen wir doch gar nicht. Wir haben kaum Daten. Und genau diese Debatte, wie viele Trans- oder Inter-menschen es gibt, führe ich nicht, weil es gibt sie und dann muss Diskriminierungsschutz geboten sein.

Roßteutscher: Aber das ist ja das widerständige Argument: Brauchen wir wegen zwei Prozent eine Toilette?

Wolff: Ja! Ich mache dieses Beispiel nicht gerne, aber: Jedes öffentliche Gebäude hat behindertengerechte Toiletten. Und es gibt Hochschulen, die haben vielleicht *eine* Person, die im Rollstuhl fährt, und doch hat *jedes* Gebäude eine Behindertentoilette. Es muss ein inklusiver Raum geschaffen sein. Zudem: Im Zug haben wir doch auch kein Problem auf dieselbe Toilette zu gehen.

LaG: Möglicherweise hängen Erregungspotenzial und Krisenwahrnehmung zusammen, ohne jedoch historisch parallelisierbar zu sein. Die Weimarer Zeit war krisenhaft, dennoch gab es, wie das Beispiel von Frau Lund zeigt, zumindest einen etwas offeneren Debattenraum über dieses Thema. Der ist offensichtlich, wenn wir die Zahlen von Frau Roßteutscher sehen, heute weniger gegeben: Es gibt eine

große gesellschaftliche Mehrheit, die das dritte Geschlecht so stark ablehnt, dass sie potenziell rechts mobilisierbar ist. Brechen Krisen also emanzipative Debatten ab? Sind sie die Folie, auf der Widerstand mobilisiert und Ängste aktiviert werden? Und ist Sprache hier möglicherweise ein Faktor, der zur Spaltung beiträgt?

Lund: Möglicherweise rührt das Erregungspotenzial auch daher, dass es so unterschiedliches Wissen gibt. Vielleicht ist Wissen eher ein Faktor als Akzeptanz. An meinem Institut spricht eine ganze Generation von Studierenden selbstverständlich alle Geschlechter mit. Da draußen, der Taxifahrer, aber auch Professoren anderer Fachbereiche und die ältere Generation spricht nicht so. Es sind unterschiedliche Wahrnehmungsräume. Und natürlich auch Gewohnheiten, die nicht mit mangelnder Akzeptanz gleichgesetzt werden können.

Wolff: Ich habe den Eindruck, dass man sich in unseren Fachbereichen – Geschlechterforschung, Soziologie, Politikwissenschaft – in einer Bubble befindet. Es hängt außerdem davon ab, welche Medien konsumiert werden und mit wem jemand befreundet ist. Hinzu kommt: Es gibt sehr viele große Themen gerade, die Nachhaltigkeitsdebatte, die Klimakrise, den Rechtsruck. Gender und Diversity muss immer ein Querschnittsthema sein, d.h., es sollte in den großen Debatten immer mitgedacht werden. Doch dafür braucht es ausreichend Ressourcen in der Politik, in den Landeshaushalten, in den Hochschulen und in der Wissenschaft. Und die Kompetenz um das Wissen muss anerkannt werden.

LaG: Ist Gender, zugespitzt gefragt, gesellschaftlich gesehen also eine Stellvertreter-, eine Huckepack-Debatte?

Wolff: Ja, für mich schon. Dadurch wird leider oft vom Wesentlichen abgelenkt. Ja, geschlechterinklusive Sprache ist wichtig, Sprache schafft auch Realität – aber sie schafft keine Gleichberechtigung. Ich rede gerne mit Menschen über Sprache, aber es gibt Wichtigeres.

Roßteutscher: Da stimme ich zu. Das ist ein Ablenkungs-, ein Erregerthema. Es hängt mit vielen anderen Themen zusammen und wird dann stellvertretend diskutiert. Die mehrheitliche Zustimmung zur Gleichstellung von Mann

und Frau und die mehrheitliche Ablehnung von Diversität: Das hat ganz viel mit Bildung und Alter zu tun. Ich mache die gleiche Erfahrung wie Frau Lund und bin überrascht, wie die Studierenden dieses Binnen-I und Sternchen sprechen können. Ich kann es nicht, ich werde es nie lernen, ich gehöre zu den Leuten, die sich irgendwann angewöhnt haben, von Wählern und Wählerinnen zu sprechen, obwohl das, wenn man es schreibt, Texte länger macht. Aber wir sollten, glaube ich, versuchen, uns alle mit dem Thema entspannt zu geben. In 20 Jahren werden wahrscheinlich alle non-binär sprechen können, aber wir sollten es nicht erzwingen, weil das im Moment den Widerstand erzeugt, weil in Krisensituationen Identität und Geschlecht so wahnsinnig eng verwoben sind. Lasst die Leute langsam lernen. Wenn an den Unis und von den jungen Leuten geschlechtersensibel gesprochen wird – das diffundiert, das war schon immer so. Sprache ist veränderbar – aber, bitte, keine Gesetze und sonstigen Regelungen, die nur Widerstand und Gegenfeuer erzeugen.

LaG: Zeigt das Ihre empirische Forschung: dass sich mit der Zeit, mit einem Generationswechsel, mit veränderten Identitätsdebatten, Mehrheiten verändern?

Roßteutscher: Ja, absolut! Man kann mit jeder Generation sehen, wie Themen sich verändern und mehrheitsfähiger werden. Wir brauchen Geduld. Wenn wir jetzt eine Richtung erzwingen, produzieren wir nur Konflikte, weil wir eben Identitäten berühren.

»Wir brauchen Geduld. Wenn wir jetzt eine Richtung erzwingen, produzieren wir nur Konflikte, weil wir eben Identitäten berühren.«

Wolff: Das ist ein interessanter Punkt. Gesetzliche Veränderungen wie eine dritte Geschlechtsoption schaffen zunächst neue Unsicherheiten: Wie soll das jetzt gesagt und geschrieben werden? Und diese neue Unordnung, die in ein System reinkommt, das „funktioniert“ hat, muss neu bedacht und ausgehandelt werden. Und das verändert natürlich etwas in der Einstellung von Menschen, die sich gerade daran gewöhnt haben, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sagen.

Lund: Ich finde den Hinweis auf die Größe der Debatte wichtig und dass das Thema auch groß *gemacht* wird. Das ist ein Phänomen, das man – Lernen aus der Geschichte – in der Geschichte öfter sieht: dass Themen diskursiv hoch-

gehalten werden. Das sieht man auch im 19. Jahrhundert beispielsweise – ohne das vergleichen zu wollen – an „*der Judenfrage*“. Das war eine kleine Zahl von Menschen, die einen riesigen Diskurs ausgelöst haben, in dem Feindbilder entwickelt wurden. Und heutzutage haben wir *die* Klimakrise. Dinge werden hochgehalten, im Diskurs angefeuert – mit Absicht. Und das kann ungünstige politische Allianzen auslösen. Man könnte stattdessen aber auch entspannter bleiben oder, wie Frau Wolff vorgeschlagen hat, auf mehr Beteiligungen und Gespräche setzen statt auf Gesetze.

Wolff: Ja, Sprache sollte kein Zwang sein, sondern sie wird sich von alleine verändern. Das zeigt sich auch historisch. Durch die eingangs angesprochenen Verbote, die politisch motiviert sind, erzeugt man wiederum Angst, zu etwas gezwungen zu werden. Aber: Dinge gehen auch nicht immer gänzlich ohne Zwang und die Notwendigkeit, Gesetze anzupassen, und anzuerkennen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Ich vertraue auf gewisse Zwänge im Sinne von rechtlichen Rahmungen – kombiniert mit gesellschaftlichen Veränderungen, Anpassungsprozessen und sehr viel Geduld und Dialog. Dass wir Menschen zu Wort kommen lassen, die Expertise haben, und die queere Community sichtbar machen. Ich glaube, dann werden wir in 20 Jahren andere Debatten haben.

„Der Ursprung der Liebe“ – Genderdebatten in Comics

Sabrina Pfefferle

Comics mussten sich als anerkanntes Medium am Markt und in der Wissenschaft erst etablieren (Ammerer/Oppolzer 2022). Lange waren sie in Deutschland mit dem „Stigma des Schmuddelheftchens“ (Grünwald 2014: 42) behaftet. Erst die Vermarktung von Comics als Graphic Novels, die den anspruchsvollen Charakter des Mediums betonen sollte (NDR 2023), läutete den Prozess einer breiteren Anerkennung ein. Die Trennlinie zwischen Comics (z.B. „Mickey Maus“) und Graphic Novels (z.B. „Maus – Die Geschichte eines Überlebenden“) ist indes oft unscharf und viele Werke liegen im Grenzbereich dieser Kunstformen. Als Anhaltspunkte für eine Differenzierung können gelten, dass Graphic Novels häufig umfangreicher sind, abgeschlossene Geschichten erzählen – im Gegensatz zu Comics, die häufig seriell erscheinen, – und meist als eigenständige Bücher vermarktet werden. Mit der zunehmenden auch literarischen Anerkennung des Mediums rückten seine Alleinstellungsmerkmale und Potenziale ins Zentrum: Comics bzw. Graphic Novels verschränken eine hohe Zugänglichkeit durch ihre visuelle und dialogische Erzählweise mit inhaltlichem Anspruch, da Charaktere, Geschichten und Theorien in ihrer Komplexität mittels vielfältiger Stilmittel ausgearbeitet werden können. Diese Kombination von Zugänglichkeit und Komplexität macht sie in diversen Bereichen einsetzbar: Als Unterhaltungsmedium, aber auch in der schulischen ebenso wie in der historisch-politischen Bildung. Jedoch war ihr Einsatz in der Geschichtsvermittlung zu Beginn umstritten und mit Vorurteilen gegenüber der Gattung behaftet (Gundermann 2012; Mounajed 2012).

So zog auch das Erscheinen von „Maus – Die Geschichte eines Überlebenden“ von Art Spiegelmann (1986) in Deutschland weitreichende Debatten um die Frage nach sich, ob man den Holocaust im Comic darstellen dürfe. Heute ist die Graphic Novel, die 1992 den Pulitzer-Preis erhielt, auch in Deutschland anerkannt. Zudem hat sich das Verhältnis zum Medium Comic als Teil der Erinnerungskultur an den

Holocaust insgesamt gravierend verändert (Frenzel 2014). Auch in den letzten Jahren entstanden hervorragende Arbeiten, wie etwa „Das Tagebuch der Anne Frank: Graphic Diary“ (2017) oder „Aber ich lebe: Vier Kinder überleben den Holocaust“ (2022), die die komplexe und bis in die Gegenwart reichende Geschichte des Holocaust sichtbar und lesbar machen. Doch mit Hilfe von Comics gelingt es nicht nur, historisches Geschehen aufzubereiten, auch aktuelle gesellschaftspolitische Debatten haben Eingang in die Kunstform gefunden. Die Vielzahl an Werken, die zu genderpolitischen und feministischen Themen verfasst wurden, ist immens.

»Mit Hilfe von Comics gelingt es nicht nur, historisches Geschehen aufzubereiten, auch aktuelle gesellschaftspolitische Debatten haben Eingang in die Kunstform gefunden.«

COMICS UND GENDER?

Die Verflechtungen zwischen Comics und feministischen Anliegen sind stärker als vielleicht vermutet und beginnen früh: Denn bereits „Wonder Woman“, die ab den 1940er-Jahren die damals noch junge Comicwelt eroberte, war eine „Superheldin mit feministischen Wurzeln“ (Ahnert 2024). Ihr Schöpfer, der US-amerikanische Psychologe Moulton Marston, versuchte mithilfe der in Amerika sehr populären Comicstrips seine Theorien von der „Überlegenheit der Frau“ zu popularisieren (Lepore 2022). Und auch wenn Marstons Vorstellungen in vielerlei Hinsicht aktuellen Ausrichtungen innerhalb der feministischen Bewegung widersprechen, symbolisiert Wonder Woman doch die positive Vision einer Zukunft, die aktiv von Frauen gestaltet wird (Ahnert 2024). Heute beschäftigt sich eine Vielzahl internationaler Autor*innen in Comics und Graphic Novels aus politischer, soziologischer, historischer oder naturwissenschaftlicher Perspektive mit feministischen Themen, so etwa die französische Comiczeichnerin Emma (Pseudonym), die in „The Mental Load“ (2018) das gleichnamige Konzept bekannt gemacht hat, Julia Zejn, die in ihrer ersten Graphic Novel „Drei Wege“ (2018) die Geschichte des Feminismus anhand dreier Biografien vermittelt, oder Lisa Frühbeis, die im preisgekrönten Werk „Busengewunder“ (2020) gängige Geschlechterrollen in Frage stellt. Zudem existieren aktive Netzwerke, wie das Feminist Comic Network, das feministische Zeichner*innen mit dem Ziel,

intersektionalen Feminismus im Comic zu fördern und Akteur*innen zu vernetzen, ins Leben gerufen haben.



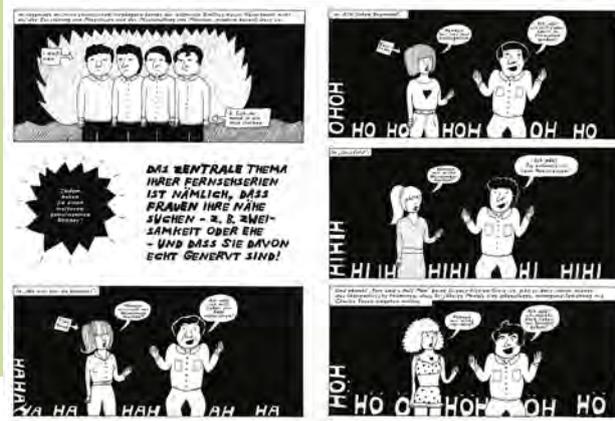
Cover des Comics „Der Ursprung der Liebe“ von Liv Strömquist. © Liv Strömquist/avant-verlag

Als Vorreiterin dieses Booms gilt die schwedische Comiczeichnerin Liv Strömquist, die sich in ihren bis dato sechs Veröffentlichungen („Der Ursprung der Welt“, 2017; „Der Ursprung der Liebe“, 2018; „I’m every woman“, 2019; „Ich fühl’s nicht“, 2020; „Im Spiegelsaal“, 2021 und „Astrologie“, 2023) mit den Themen Familie, romantische Liebe, Sichtbarkeit von Frauen in Wissenschaft und Kunst, Sexualität, Schönheitsidealen und Massenkultur auseinandersetzt. Ausgehend von ihrem Comic „Der Ursprung der Liebe“, der 2010 im Schwedischen und 2018 auf Deutsch erschien, sollen im Folgenden die Besonderheiten des Mediums in der Darstellung von Geschlechterdebatten herausgearbeitet werden.

„DIE VIERERBANDE“ UND DIE LIEBE

Der Comic „Der Ursprung der Liebe“ kann als Sammlung von „grafischen Essays“ (Luck 2018) verstanden werden, die sich aus unterschiedlichen Richtungen den Themenkomplexen der gesellschaftlichen Konstruktion heutiger Vorstellungen von Liebe sowie der Bedeutung von Geschlechterrollen in romantischen Beziehungen annähern. Anhand des ersten der sechs in „Der Ursprung der Liebe“ enthaltenen Essays, „Die Viererbande“, sollen exemplarisch die Besonderheiten von Comics in der Darstellung dieser Diskursfelder beschrieben werden.

In „Die Viererbande“ analysiert Strömquist, wie Geschlechterrollen romantische Beziehungen strukturieren. Sie hinterfragt die Funktionen und Genese unserer geschlechterspezifischen Vorstellungen davon, welche Bedürfnisse, Sehnsüchte und Ansprüche Männer und Frauen – sie betrachtet vorrangig heteronormativen Beziehungsformen – an romantische Beziehungen haben. Strömquists Ausgangspunkt sind dabei die „vier bestbezahlten Fernseh-Comedians der letzten Jahre“ (Strömquist 2018: 7): Tim Allen aus „Hör mal, wer da hämmert“, Jerry Seinfeld aus



Ausschnitt aus dem Comic „Der Ursprung der Liebe“:
Die prototypischen Witze der „Viererbande“.
© Liv Strömquist/avant-verlag

„Seinfeld“, Ray Romano aus „Alle lieben Raymond“ und Charlie Sheen aus „Two and a half man“. Alle vier verdienen ihr Geld mit der humoristischen Reproduktion von Geschlechterstereotypen: Der an romantischer Liebe, Nähe, Bindung und tiefgehenden Gesprächen uninteressierte Mann gegenüber der nach Nähe und Bindung suchenden, (über-)fürsorglichen und

anhänglichen Frau. Ein Witz, der nach Strömquist als exemplarisch für diese scharfe Trennung in männliche und weibliche Beziehungseigenschaften zu bewerten ist – und mit dem die vier Comedians sowie ihre Nachfahr*innen sehr viel Geld verdienen – lautet: „Ist Ihnen schon mal aufgefallen: Männer ZAPPEN mit der Fernbedienung herum, während Frauen immer die gleiche Sendung gucken. Das liegt daran, dass Männer Jäger sind und Frauen ‚Nesttrieb‘ haben“ (Strömquist 2018: 7). Dass die Vorannahmen und Botschaften, die dieser „Witz“ transportiert, viel über die Struktur moderner, romantischer Beziehung aussagen, zeichnet Strömquist auf humorvolle und tiefgreifende Weise nach.

»Alle vier verdienen ihr Geld mit der humoristischen Reproduktion von Geschlechterstereotypen: Der an romantischer Liebe, Nähe, Bindung und tiefgehenden Gesprächen uninteressierte Mann gegenüber der nach Nähe und Bindung suchenden, (über-)fürsorglichen und anhänglichen Frau.«

Zudem arbeitet sie mit (pop-)kulturellen Referenzen – von Lady Diana über Ronald Reagan bis hin zu Frida Kahlo –, die vor allem bildlich anhand von Fotos oder Zeichnungen vermittelt werden. So wird bei den Leser*innen ein immenses Assoziationsnetzwerk aktiviert, in das politische, soziologische und psychologische Theorien auf erhellende und immer wieder überraschende Weise eingebettet werden. Durch diese Verbindung von Themen und die Anknüpfung an bestehendes Wissen weitet Strömquist auch den Blick auf den Referenzrahmen aktueller Geschlechterdebatten: Plötzlich spricht sie nicht länger über die einengenden Auswirkungen stereotyper Zuschreibungen auf beide Geschlechter, sondern auch über die

Rolle von Massenmedien in der Vermittlung dieser Stereotype. Es entstehen neue Diskursfelder, die von Strömquist von Panel zu Panel sukzessiv erschlossen werden.

Strömquist vermittelt Theorien und Hypothesen auf überspitzte und humorvolle Weise. So fantasiert sie – bildlich wie textlich – eine Welt, in der die Viererbande als autonome Gruppe ein sich-selbstgenügendes, friedliches Leben „in einer ausschließlich männlichen Familie, bestehend aus einem alleinstehenden Mann und drei Jungs“ (Strömquist 2018: 14) führt. Dabei ist sie auch in ihren Überspitzungen stets treffsicher. So geht dieser Fantasie die Frage voraus: „Wenn Männer also in ständiger Angst leben, eine Beziehung mit einer Frau einzugehen – warum HABEN sie dann überhaupt Liebesbeziehungen mit dem anderen Geschlecht?“ (Strömquist 2018: 13).



Ausschnitt aus dem Comic „Der Ursprung der Liebe“:
Die prototypischen Witze der „Viererbande“.
© Liv Strömquist/avant-verlag

Die Überspitzungen gelingen Strömquist auch dank der vielfältigen Möglichkeiten, die aus der Kombination von sprachlichen und bildlichen Mitteln resultieren: Sie arbeitet mit Collagen, verdeutlicht die Dringlichkeit einer Empfindung durch überdimensionale Schriftgrößen, zoomt an die Gesichter der Protagonist*innen heran und schafft durch grafische

Wiederholungen – wie z.B. die äußere Ähnlichkeit der vier Comedians – neue Metaebenen. Und auch die dialogischen Darstellungen stellen ein besonderes Stilmittel dar, das nicht nur die direkte Diskussion kontroverser Meinungen, sondern auch Identifikation ermöglicht. Strömquist greift hierbei Aussagen auf, die vermutlich jede*r schon mal ausgesprochen oder gedacht hat. Dies ist eine der zentralen Stärken von „Der Ursprung der Liebe“: Die behandelten Themen bleiben nicht abstrakt, sondern werden durch ihre Darstellung als etwas Bekanntes und Vertrautes zugänglich und relevant. Erhöht wird diese Zugänglichkeit durch die mimische Verstärkung des Gesagten anhand der bildlichen Darstellung der Protagonist*innen, die Empathie er-

zeugt. Hier eröffnet sich eine neue Dimension, die Comics zu einem herausragenden Medium machen: Sprachliche und bildliche Anknüpfungspunkte können genutzt werden, um nicht nur Wissen über die dargestellten Phänomene zu produzieren, sondern auch, um die damit einhergehenden Emotionen sichtbar zu machen. So gelingt es, sowohl die theoretischen als auch die alltäglich/praktischen Bedeutungsebenen eines Phänomens nachvollziehbar zu machen – und somit auch die gesellschaftliche Determination bzw. Rahmung von individuellem Erleben hervorzuheben.

Ein weiteres Potenzial von Comics besteht in der Fähigkeit, Kritik sichtbar zu machen – und ihr direkt zu begegnen. So führt auch Strömquist in „Der Ursprung der Liebe“ aktiv Gegenargumente in ihre Erzählstränge ein: Sie begegnet den potenziellen Einwänden von Leser*innen, dass die dargestellten, nach klassischen Geschlechterrollen strukturierten Familien gar nicht mehr existierten (außer „vielleicht nur noch in ganz konservativen Gegenden in den USA!“, Strömquist 2018: 11), mit einer schwedischen Studie zum Verhalten von Kindern. Dort zeigte sich, dass 41 Prozent der Kinder mit ihrer Mutter sprechen, wenn sie traurig sind – und nur 5 Prozent mit ihrem Vater. Dank dieser Form der wissenschaftlichen Einrahmung durch Forschungsergebnisse aus Politikwissenschaft, Soziologie und Psychoanalyse bietet der Comic eine große Flexibilität der Veranschaulichung auch komplexer Zusammenhänge. Zudem erhält Strömquists Comic durch die Darstellung von Rede und Gegenrede selbst diskursiven Charakter.

FAZIT

Am Beispiel von „Der Ursprung der Liebe“ wird sichtbar, wie vielschichtig Comics aktuelle, genderpolitische Themen darstellen können. Die Besonderheiten von Comics in der Darstellung von (Geschlechter-)Debatten liegen einerseits in ihrer Fähigkeit, komplexe und umstrittene Themen auf visuell ansprechende und zugängliche Weise zu präsentieren und andererseits darin, die Erfahrungen von Leser*innen in das Dargestellte einzubinden. Comics ermöglichen so, auf tiefgreifende und dennoch amüsante Art in Genderdebatten und -theorien einzusteigen. Hierbei können sie auch für die pädagogische Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen eine Grundlage darstellen, um sich

diesen Themen kritisch und diskursiv anzunähern. Dabei können dank der großen Vielfalt der Werke ganz unterschiedliche Altersgruppen von diesem Medium profitieren – nicht allein in der Vermittlung von genderpolitischen Themen.

LITERATUR

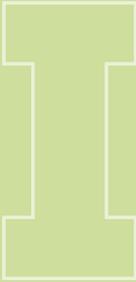
-  Ahnert, Sven: Superheldinnen. Schön wie Aphrodite, stark wie Herkules, in: Deutschlandfunk Kultur, 5. Januar 2024, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/wonder-woman-jill-lepore-superheldinnen-100.html> [24.01.2024].
-  Ammerer, Heinrich/Oppolzer, Markus (Hrsg.): Was kann der Comic für den Unterricht leisten? Fachdidaktische Perspektiven auf ein subversives Erzählmedium. Salzburger Beiträge zur Lehrer/innen/bildung, Band 12, Münster 2022.
-  Frenzel, Martin: Der Holocaust im Comic, in: Comics, Aus Politik und Zeitgeschichte, 33–34 (2014), S. 30–34.
-  NDR Kultur: „Der Comic ist eine anerkannte Literaturform geworden“, in: NDR Kultur, 14.3.2023, URL: <https://www.ndr.de/kultur/buch/Graphic-Novels-Der-Comic-ist-eine-anerkannte-Literaturform-geworden,graphicnovels226.html> [24.1.2024].
-  Grünewald, Dietrich: Zur Comicrezeption in Deutschland, in: Comics, Aus Politik und Zeitgeschichte, 33–34 (2014), S. 42–48.
-  Gundermann, Christina: Geschichtskultur in Sprechblasen: Comics in der politisch-historischen Bildung, in: Comics, Aus Politik und Zeitgeschichte, 33–34 (2014), S. 24–29.
-  Lepore, Jill: Die geheime Geschichte von Wonder Woman, München 2022.



Luck, Jana: Graphic Novels: Große Gefühle für Mr. Big, in: Zeit Online, 18.7.2018, URL: <https://www.zeit.de/2018/30/graphic-novels-comic-liv-stroemquist-provokation> [24.1.2024].



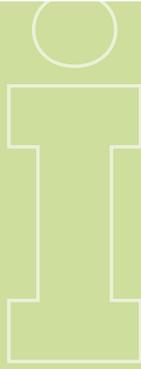
Mounajed, René: Comics und historisch-politische Bildung, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 29.5.2023, URL: <https://www.bpb.de/lernen/kulturelle-bildung/136753/comics-und-historisch-politische-bildung/> [24.1.2024].



Auswahl an Comics und Graphic Novels, die Genderthemen behandeln

Bagieu, Pénélope: Unerschrocken, Berlin 2021.
Eismann, Sonja/Schöningh, Maya/Schöningh, Ingo: Movements and Moments, Berlin 2022.
Emma: The Mental Load: A Feminist Comic, New York City 2018.
Frühbeis, Lisa: Busengewunder: Meine feministischen Kolumnen, Hamburg 2020.
Klengel, Katja: Girlsplaining, Berlin 2018.
Schrupp, Antje/Patu: Kleine Geschichte des Feminismus, Münster 2017.
Strömquist, Liv: Der Ursprung der Welt, Berlin 2017.
Strömquist, Liv: Der Ursprung der Liebe, Berlin 2018.
Strömquist, Liv: I'm every woman, Berlin 2019.
Strömquist, Liv: Ich fühl's nicht, Berlin 2020.
Strömquist, Liv: Im Spiegelsaal, Berlin 2021.
Walden, Tillie: Auf einen Sonnenstrahl, Berlin 2021.
Zejn, Julia: Drei Wege, Berlin 2018.

Weitere, englischsprachige Comics und Graphic Novels finden Sie auf der Homepage der The Indianapolis Public Library.



Weiterführende Texte über die Themen Gender in Comics, Gender in der historisch-politischen Bildung und Comics in der didaktischen Vermittlung

Abel, Julia/Klein, Christian (Hrsg.): Comics und Graphic Novels: Eine Einführung, Stuttgart 2016.

Dallmann, Christine et al. (Hrsg.): Comics: Interdisziplinäre Perspektiven aus Theorie und Praxis auf ein Stiefkind der Medienpädagogik, München 2018.

Dehne, Brigitte: Gender im Geschichtsunterricht: das Ende des Zyklopen? Methoden historischen Lernens, Schwalbach 2007.

Eckhoff-Heindl, Nina/Sina, Véronique (Hrsg.): Spaces Between: Gender, Diversity, and Identity in Comics, Wiesbaden 2020.

Führer, Carolin: Comic und Gender in der Lesedidaktik. Von der „Jungenleseförderung“ zum gendersensiblen Medialitätsbewusstsein, in: Leseforum 1 (2019), S. 1–14, URL: https://www.forumlecture.ch/sysModules/objLeseforum/Artikel/718/2021_1_de_fuehrer.pdf [31.1.2024].

Gundermann, Christina: Jenseits von Asterix. Comics im Geschichtsunterricht, Frankfurt/Main 2017.

Könne, Christian. Homosexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen in Deutschland: vom Kaiserreich bis in die Gegenwart, in: Geschichte unterrichten, Frankfurt/Main 2020.

McCloud, Scott: Understanding Comics, New York 2017.

Müller, Karla et al. (Hrsg.): Genderkompetenz mit Kinder- und Jugendliteratur entwickeln: Grundlagen – Analysen – Modelle, Baltmannsweiler 2016.

Packard, Stephan et al. (Hrsg.): Comicanalyse: Eine Einführung, Berlin 2019.

Sina, Véronique: Comic – Film – Gender. Zur (Re-)Medialisierung von Geschlecht im Comicfilm, Bielefeld 2016.

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist studentisches Redaktionsmitglied des LaG-Magazins und studentische Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Perverse Geschichte(n) – Das Schwule Museum als Ort emanzipatorischer Debatten, Kontroversen und Transformation

Heiner Schulze

GESCHICHTE AUFBRECHEN



Fassade des SMU_Luetzowstrasse. © Robert M Berlin, Schwules Museum

Zivilgesellschaft heißt auch, festgefahrene Strukturen zu thematisieren und auf Leerstellen in Debatten hinzuweisen. Eine Institution mit diesem Anspruch ist das 1985 gegründete Schwule Museum in Berlin. Als „subkulturelles ‚Antimuseum‘“ gegründet, wurzelt es in der sozialen (Schwulen-)Bewegung und verfolgt das Ziel,

„systematische Ausschlüsse homosexueller Geschichte(n) und Kultur(en) [in klassischen geschichtspolitischen Institutionen] herauszufordern“ (Bosold/Hofmann 2021: 5). Mit anderen Worten: Auch queere Personen wollen und sollen in der Geschichtsschreibung ebenso wie in der Kultur repräsentiert sein. Und wenn die Anderen es nicht machen, macht man es halt selbst!

**»Mit anderen Worten:
Auch queere Personen
wollen und sollen in der
Geschichtsschreibung
ebenso wie in der
Kultur repräsentiert sein.
Und wenn die Anderen
es nicht machen, macht
man es halt selbst!«**

ELDORADO DER PERVERSEN

Der Anspruch, Raum sowohl für Repräsentation und Empowerment als auch für Debatten zu bieten, beginnt bereits vor der eigentlichen Institutionalisierung als Verein.

Einige der späteren Gründungseltern des Schwulen Museums überzeugten den Direktor des in Berlin-Kreuzberg gelegenen, stadtgeschichtlichen „Berlin Museums“, welches Mitte der 1990er in die Stiftung Stadtmuseum Berlin aufging, von einer Ausstellung zu homosexueller Kulturgeschichte, die sie dann auch kuratierten und realisierten. Die 1984 eröffnete Ausstellung „Eldorado: Geschichte, Alltag und Kultur homosexueller Frauen und Männer in Berlin von 1850–1950“ war europaweit die erste ihrer Art und von Anfang an ein Skandal.



Teil der Ausstellung „Eldorado: Geschichte, Alltag und Kultur homosexueller Frauen und Männer in Berlin von 1850–1950“. © Jürgen Henschel, FHXB Museum

Bereits die erste Pressemitteilung 1982 rief heftige Reaktionen hervor: Das Berlin Museum erhielt anonyme, ablehnende Anrufe und Briefe, und nicht nur deutschlandweit, sondern auch international berichtete die Presse über das geplante Ereignis. Der Kultursenator und der Regierende Bürgermeister wurden von Bürger*innen aufgefordert, die Ausstellung zu verhindern. Bemerkenswert ist die Reaktion Rolf Bothes, des Direktors des Berlin Museums: Er wertete diese massiven Reaktionen als Zeichen der Relevanz der Ausstellung und stellte den Kurator*innen zusätzliche Ressourcen und Räumlichkeiten zur Verfügung. Die auch nach der Eröffnung weiterhin kontrovers diskutierte Ausstellung war ein großer Erfolg: In der etwa zweimonatigen Laufzeit wurde mit 45.000 Besucher*innen ein Rekord für das Museum aufgestellt (vgl. Schubert 2006).

Dem Anspruch, politisch zu sein und gesellschaftliche Diskussionen zu beeinflussen, folgte von Beginn an auch das im Jahr nach der Ausstellung gegründete Schwule Museum. So konzipierten die selbsternannten „Museumstunten“ 1989/1990 eine Wanderausstellung zur Geschichte des Paragrafen 175, der mann-männliche Homosexualität im Deutschen Reich und in der BRD kriminalisierte und zum Zeitpunkt der Ausstellung in Westdeutschland immer noch galt. Die im Berliner Abgeordnetenhaus und anderen deutschen Städten gezeigte Ausstellung sollte die Debatte

um eine mögliche Streichung des Paragraphen beleben. Die Intervention war wenige Jahre später von Erfolg gekrönt: 2024 feiern wir das 30-jährige Jubiläum der ersatzlosen Streichung des Paragraphen in der BRD. Die DDR, welche von Beginn an eine entschärfte Version des Paragraphen im Strafgesetzbuch hatte, schaffte ihn bereits 1989 vollständig ab.

ANSTOSS UND VERÄNDERUNGEN

Auch im Schwulen Museum und unter seinen Besucher*innen gab (und gibt) es kontroverse Debatten um Repräsentation. Seit Mitte der 2000er Jahre hielten lesbische Erfahrungen sowie trans*- und inter*- Perspektiven vermehrt Einzug auch ins Schwule Museum. Ein Meilenstein war die gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Museum (DHM) konzipierte und 2015 eröffnete Ausstellung „Homosexualität_en“. Als erste zu queerer Geschichte im DHM, bot die Ausstellung konsequent lesbischen und schwulen Perspektiven gleichviel Platz, statt letztere zu bevorzugen. Die Darstellung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stieß allerdings nicht überall auf Akzeptanz und Unterstützung: Bei der Übernahme der Ausstellung ins LWL-Museum in Münster weigerte sich die Deutsche Bahn, das zuvor bereits in Berlin gezeigte Ausstellungsplakat in regionalen Bahnhöfen aufzuhängen. Das Plakat, welches den/die Künstler*in Heather Cassil zeigt, sei „sexistisch“ und „sexualisierend“ und würde gegen Richtlinien des Deutschen Werberats verstoßen.

Dutzende von Artikeln und Offenen Briefen folgten. Öffentlich diskutiert wurden Geschlechternormen und -darstellungen, Homo- und Transphobie, Kunstfreiheit und Zensur (Reedy 2020). Letztlich mussten alternative Werbeflächen gefunden werden, auf denen das Ausstellungsplakat präsentiert werden konnte, bevor die Deutsche Bahn am Ende doch noch einlenkte.

Auch innerhalb der eigenen, der queeren Community scheut sich das Museum nicht vor Kontroversen. So gefiel etwa die Öffnung des Museums für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt nicht allen. Das im Jahr 2018 ausgerufenen „Jahr der Frau_en“ war gedacht als Experimentierfeld für Veränderung mit dem Ziel, eine zukunftsweisende, partizipative (Museums-)Praxis zu entwickeln. Nach Jahr-



Plakat der Ausstellung „Homosexualität_en“.
© Schwules Museum

zehnten eines institutionellen Fokus auf schwule Cis-Männer, sollten ein Jahr lang nur weibliche und feministische Perspektiven im Zentrum stehen und auch die eigene Institution in der Kritik nicht ausgespart bleiben. Die Reaktion in sozialen und Szene-Medien waren immens, es folgten Austritte aus dem Verein und dem Vorstand wurde

Verrat vorgeworfen. Andere Einrichtungen beteiligten sich und organisierten Diskussionsrunden zum Konflikt. In der – im Ton teilweise sehr hart geführten Debatte – spielten bereits schwelende Konflikte und Differenzen um Fragen von Repräsentanz und Selbstverständnis, Differenz sowie Ressourcen eine Rolle, die das Verhältnis verschiedener Teile der queeren Community zueinander betrafen bzw. betreffen. Thema waren dabei die (Un-)Sichtbarmachung bestimmter Perspektiven und Machtstrukturen, aber auch Selbstverständnisse und Transformationsprozesse queerer Bewegungen.

SICH TREU BLEIBEN

Seit seiner Gründung sieht das Schwule Museum seinen Auftrag darin, mit seinen Ausstellungen und Veranstaltungen Ausschlüsse zu thematisieren und Debatten anzustoßen. In seiner fast 40-jährigen Geschichte war es immer ein Ort für Auseinandersetzungen: sowohl im Auftreten nach außen, um die Gesellschaft zu verändern, als auch, um durch die Schaffung von Gemeinschaft bei gleichzeitiger Thematisierung von Ausschlüssen in den eigenen Communities zu wirken. Gelebte Zivilgesellschaft braucht genau das: engagierte Debatten und beständige Weiterentwicklung. Zivilgesellschaftliche Räume wie das Schwule Museum sind dafür essenziell.

LITERATUR



Bosold, Birgit/Hofmann, Vera: kuratieren #7. Jahr der Frau_en/ Year of the Women*, Hohenlockstedt 2021.



Reedy, Nina: Poster Trouble. Das Plakat zur Homosexualität_en-Ausstellung in Münster: Eine Diskursanalyse, in: Journal Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW 46 (2020), S. 33–43, DOI: <https://doi.org/10.25595/2175>.



Schubert, Franciska: Das Schwule Museum in Berlin. Die Etablierungsgeschichte eines Spezialmuseums [Unveröffentlichte Magisterarbeit, Ludwig-Maximilians-Universität München], 2006.

Autor:in



Heiner Schulze hat Sozialwissenschaften studiert, arbeitet an der Berliner Hochschule für Technik, ist im Vorstand des Schwulen Museums in Berlin und hat den stellvertretenden Vorsitz des Fachbeirates der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld inne. Heiner interessiert sich für Themen sozialer Ungleichheit, inklusiver Gesellschaft und Erinnerungskulturen. Letzteres vor allem mit einem Fokus auf queere Geschichte(n), Ostdeutschland sowie HIV/Aids.

„Gemeinsam sind wir unerträglich“: Wanderausstellung zur unabhängigen Frauenbewegung in der DDR

Sabrina Pfefferle



Frauenforum der Lila Offensive in der Winterkirche der Gethsemanegemeinde Berlin-Prenzlauer Berg, 23. November 1989. © RHG_Fo_GZ_1859 / Robert-Havemann-Gesellschaft / Kerstin Baarmann

Die Wanderausstellung „Gemeinsam sind wir unerträglich“ zur unabhängigen Frauenbewegung in der DDR eröffnet einen Einblick in ein oft übersehenes Kapitel: Sowohl in Dokumentationen der Geschichte der deutschen Frauenbewegung als auch bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte wurde die feministische, systemkritische Bewegung in der späten DDR bisher wenig berücksichtigt. Die Ausstellung füllt diese Leerstelle und beeindruckt mit einer Vielfalt an Materialien, histo-

rischer Tiefe und einem kritischen Blick auf die bisherige Darstellung der politischen Landschaft der DDR. Sie ermöglicht – in ihrer Form als Gesamtschau erstmalig – ein umfassendes Verständnis der Entstehung, von Herausforderungen und Erfolgen dieser Frauenbewegung.

QUELLEN

Die Kuratorinnen der Ausstellung Ulrike Rothe, Rebecca Hernandez Garcia und Judith Geffert konnten bei ihren Recherchen aus einem breiten Fundus schöpfen: In verschie-

denen Archiven, unter anderem dem Bestand GrauZone der Robert-Havemann-Gesellschaft, im Archiv Bürgerbewegung Leipzig, dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ sowie dem feministischen Archiv FFBIZ wurde nach Dokumenten und Bildern als Grundlage für die wissenschaftliche Aufbereitung recherchiert. Eine weitere wichtige Quelle waren lokale und regionale Aufarbeitungsinitiativen: Die Ausstellung stellt nicht nur Gruppen aus Ost-Berlin oder den großstädtischen Zentren Thüringens und Sachsens vor, sondern auch Frauengruppen aus kleineren Städten wie etwa Eisenach, Weißenfels oder Schwerin. Das ermöglichten ehemalige Akteurinnen der DDR-Frauenbewegung, die Materialien aus ihren persönlichen Archiven zugänglich machten. Sie bereichern diese schriftlichen und bildlichen Quellen auch um ihre Erinnerungen an den eigenen politischen Aktivismus. Zudem flossen Pionierarbeiten einzelner Wissenschaftler*innen und an Universitäten entstandene Qualifikationsarbeiten in die Aufarbeitung ein. Zusätzlich bezieht die Ausstellung kirchliche und staatliche Dokumente ein, vor allem solche aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv. Der begleitende Katalog zur Ausstellung enthält eine ausführliche Übersicht der genutzten Archive sowie begleitender Literatur.

AUFBAU

Die Ausstellung ist in vier thematische Abschnitte unterteilt, die die Entwicklung der Frauenbewegung in der DDR von der Bildung der ersten Gruppen Anfang der 1980er Jahre bis zur politischen Wende 1989/1990 beleuchten.

Der erste thematische Abschnitt „Impulse“ zeigt die Anfänge der Frauenbewegung. Hier werden verschiedene Gruppen und Initiativen vorgestellt sowie einzelne Aktivistinnen, die sich trotz ihres arbeitsreichen Alltags politisch engagierten. Beschrieben wird unter anderem die Entstehung der Gruppe Frauen für den Frieden, die sich gegen das 1982 erlassene Wehrdienstgesetz zur Einberufung von Frauen im Falle einer Mobilmachung wehrte. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie vielfältig und dennoch verschränkt die DDR-Frauenbewegung war, und welche Bedeutung die

»Es wird deutlich, wie vielfältig und dennoch verschränkt die DDR-Frauenbewegung war, und welche Bedeutung die Verschränkungen von Friedens-, Umwelt- und Frauenpolitik in der Genese der neu entstehenden Bewegung haben.«

Verschänkungen von Friedens-, Umwelt- und Frauenpolitik in der Genese der neu entstehenden Bewegung haben. Die Ausstellung beleuchtet verschiedene lokale Frauen für den Frieden-Gruppen – zum Beispiel in Ost-Berlin und Eisenach – anhand von Texten, Bildern und Zitaten, hier führen QR-Codes zu Interviews mit ehemaligen Akteurinnen. In einem dieser Interviews spricht etwa die Zeitzeugin Ulrike Quentel, die sich in einem Frauenkreis engagierte, über die Gründung der Frauen für den Frieden in Eisenach. Dieser Struktur folgend werden weitere kirchliche Initiativen, lokale Frauen- und Lesbengruppen sowie das feministische Engagement einiger Künstlerinnen und Forscherinnen vorgestellt. Die Breite der vorgestellten Gruppen und Akteurinnen macht die verschiedenen Kontexte, aus denen die Akteurinnen stammen, sichtbar und ebenso ihre inhaltlichen Anknüpfungspunkte.

Das zweite Kapitel „Begrenzte Öffentlichkeit“ beleuchtet die Herausforderungen, mit denen die Frauengruppen in der SED-Diktatur konfrontiert waren. Jede Form des systemkritischen, politischen Aktivismus galt in der DDR als Bedrohung und wurde verfolgt. Und als Systemkritik galt bereits die Abweichung vom offiziellen Gleichstellungspostulat – die Frau in der DDR sei vollständig gleichberechtigt –, dem die staatliche Frauenorganisation Demokratischer Frauenbund Deutschland (DFD) ohne Widerspruch folgte. Das führte dazu, dass die Engagierten ihre politischen Forderungen in privaten Zusammenkünften abseits einer breiten Öffentlichkeit entwickeln mussten. Aber auch auf die Bemühungen, einen legalen politischen Aktionsraum zu schaffen, reagierte der Staat repressiv. Das Kapitel beschreibt einerseits die staatlichen Repressionsmaßnahmen, andererseits die Aktionen und Strategien des Widerstands der Frauengruppen dagegen. Die konkreten Auswirkungen, die die staatliche Kriminalisierung ihres politischen Engagements auf die Akteurinnen der Frauenbewegung hatte, werden in der Ausstellung durch die Erinnerungen dieser Akteurinnen – in Zitaten und Interviews – greifbar. Die Besucher*innen werden so dazu eingeladen, nachzuvollziehen, was feministisches Engagement unter den Bedingungen dieser Diktatur im Konkreten bedeutete.



Der Redaktionskreis der Lesbenzeitschrift „frau anders“ in Bärbel Klässners Küche 1989. © RHG_Fo_GZ_1775 / Robert-Havemann-Gesellschaft / Kerstin Baarmann

Das dritte Kapitel „Eine Bewegung entsteht“ beschreibt die Vernetzungen der Frauengruppen sowie ihre thematische Ausrichtung ab 1985. Es entstehen neue Netzwerke. Eine Karte visualisiert die zahlreichen Feste, Seminare, Foren und Werkstätten, die in der ganzen DDR, von Hanstorf bis nach Wilkau-Haslau, veranstaltet werden. Besonders gelungen ist die Darstellung

der diversen Themenkomplexe, die zu dieser Zeit in der DDR-Frauenbewegung verhandelt werden. Sie sind, ebenso wie einzelne Gruppen, miteinander verflochten: Positionen zu Abrüstung, Umweltschutz, Erziehung und Geschlechterrollen werden formuliert, und die patriarchale Struktur der DDR von der unzureichenden Ahndung von Gewalt gegen Frauen bis zur sprachlichen Manifestation struktureller Diskriminierung kritisiert. Gerade durch diese Verflechtung von Akteurinnen und Themen gewinnt die politische Organisation der Frauengruppen an Dynamik. Eine landesweite Bewegung formt sich.

Das vierte Kapitel „1989: Aufbruch und Wandel“ zeigt die Initiativen der Frauengruppen zur Mitgestaltung der Umbruchszeit. Mit der offiziellen Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) 1990, deren Stellvertreterinnen mit am Zentralen Runden Tisch saßen, bildeten etwa 60 Frauengruppen eine politische Vertretung. Der UFV lehnte die Wiedervereinigung ab und plädierte für eine reformierte Gesellschaft, in der Frauen vollständig – und nicht nur dem staatlichen Postulat nach – gleichgestellt sein sollten. Das ausgewählte Quellenmaterial und einordnende Texte ermöglichen einen detaillierten Einblick in die konkreten Vorstellungen der UFV von dieser neuen Gesellschaft, in ihre Erfolge und Niederlagen.

Mit einem Blick auf die Entwicklung der Frauenbewegung nach der politischen Wende von 1990 beschreibt die Ausstellung die Neuausrichtung der Akteurinnen auf neue Räume des politischen Engagements und neue Allianzen –

sowie die damit verknüpften Hürden und Veränderungen. Sie bietet so die Gelegenheit, zu reflektieren und zu verstehen, wie die Aktivitäten und Ideale der Frauenbewegung in der Post-DDR-Ära fortbestanden oder modifiziert wurden.

VERMITTLUNG

Ein herausragendes Merkmal der Ausstellung ist die breite Palette an Quellen, die sie präsentiert: Von zeitgenössischen Fotos über Plakate bis hin zu Dokumenten wie Einladungen zu Tagungen, Zeitungsartikel und Stasi-Berichte bietet die Ausstellung einen tiefen Einblick in die Geschichte der DDR-Frauenbewegung. Die Besucher*innen sehen anhand dieser vielfältigen Quellen die soziale Bewegung aus verschiedenen Perspektiven. Das ist vor allem die Sicht der Akteurinnen – zum damaligen Zeitpunkt ebenso wie aus der heutigen Rückschau –, aber auch die Perspektive der Staatssicherheit sowie das Verständnis heutiger Forscher*innen, Künstler*innen und Kuratorinnen. Damit geht die Ausstellung über die bloße Darbietung von Materialien hinaus – sie erzählt Geschichten, gibt den Frauen der Bewegung eine Stimme und vermittelt einen spürbaren Eindruck von ihrem Lebensgefühl in einer Zeit politischer Unsicherheit.

»Ein herausragendes Merkmal der Ausstellung ist die breite Palette an Quellen, die sie präsentiert: Von zeitgenössischen Fotos über Plakate bis hin zu Dokumenten wie Einladungen zu Tagungen, Zeitungsartikel und Stasi-Berichte bietet die Ausstellung einen tiefen Einblick in die Geschichte der DDR-Frauenbewegung.«

Die Illustrationen von Laura Breiling verleihen dem historischen Material eine künstlerische Dimension. Die Verwendung von QR-Codes auf den Ausstellungstafeln, die zu Audio- und Videomaterial führen, schafft eine interaktive Dimension und ermöglicht den Besucher*innen, noch tiefer in die Geschichten der einzelnen Gruppen und Akteurinnen einzutauchen.

DEUTUNGEN UND OFFENE FRAGEN

Die Ausstellung befasst sich mit entscheidenden Fragen zur Deutung der Geschichte: Wieso wurde die DDR-Frauenbewegung in bestehenden Narrativen über die DDR-Geschichte vernachlässigt? Passt ihre Form des feminis-

tischen Widerstandes nicht in bisherige Deutungsstränge, weil sie die patriarchale Struktur der Bürgerbewegung kritisiert? Die Ausstellung geht zur Beantwortung dieser Fragen von den Selbstdeutungen der damaligen Protagonistinnen aus. Diese haben sich zumindest in Teilen – in Abgrenzung zur westlichen Begriffsprägung – nicht als „Feministinnen“, sondern zunächst als „Frauen“, später als „Frauen und Lesben“ verstanden. Von ihrer Perspektive ausgehend, hinterfragt die Ausstellung die bis heute dominierende Erzählung der erfolgreichen DDR-Karrierefrau, die die Ansprüche aus Beruf und Familie problemlos bewältigte – was nicht zuletzt die staatliche Doktrin der gleichberechtigten DDR-Frauen bestätigt. Sie schärft so den Blick für die politisch begründeten Benachteiligungen von Frauen und queeren Menschen in der DDR. Die Ausstellung zeigt jedoch auch, wie die in der DDR selbstverständlichen Rechte von Frauen und eine an zentralen Punkten liberalere Gesetzgebung für queere Menschen nach dem Ende der DDR rückgebaut werden. Zudem ergänzt sie die Erzählung über den Widerstand der DDR-Bürgerbewegung in der Phase des demokratischen Umbruchs um die Dimension der politischen Organisation in Frauengruppen. Zuletzt wirft die Ausstellung weiterführende Fragen auf: Wie gestaltete sich das Verhältnis der unabhängigen Frauenbewegung in der DDR in Abgrenzung zur westdeutschen Frauenbewegung und war die Bewegung darüber hinaus international vernetzt? Wieso konnten die Frauengruppen in der Transformationszeit kein Bündnis bilden, das von der Bevölkerung breit unterstützt wurde? Welche inneren Konflikte spielten in der Bewegung eine Rolle? Wer fehlte in der DDR-Frauenbewegung und welche Akteurinnen sahen sich von ihr nicht repräsentiert? Die Ausstellung kann als Grundstein zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen verstanden werden.

FAZIT

Insgesamt bietet die unter der Leitung von Ulrike Rothe konzipierte Ausstellung eine bis dato einzigartige Gesamtschau über die Geschichte der unabhängigen Frauenbewegung in der DDR. Die präsentierten Dokumente, Fotos und Interviews erinnern an die eindrucksvollen Frauen, die inmitten politischer Unsicherheiten und Repressionen eine landesweite Bewegung formten. Die Ausstellung veranschaulicht eindrücklich, wie diese Frauen politische Leer-

stellen in der vorherrschenden Erzählung über die DDR-Bürgerbewegung und die Friedliche Revolution füllten – damals wie heute.



Weitere **Informationen** und die **Ausstellungstermine** und **-orte** finden sich auf der [Projekt-Website](#).

Der begleitende **Katalog** zur Ausstellung „Gemeinsam sind wir unerträglich“. Die unabhängige Frauenbewegung in der DDR“ (Hrsg. Ulrike Rothe und Rebecca Hernandez Garcia) ergänzt die Ausstellung um weitere ostdeutsche Stimmen. Er betrachtet in Beiträgen von Zeitzeuginnen und Historiker*innen vertiefend Hintergründe, Details und aktuelle Bezüge der sozialen Bewegung. Der Ausstellungskatalog ist über den Buchhandel erhältlich.

Mitteldeutscher Verlag, ISBN: 978-3-96311-872-2, 20 €

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist studentisches Redaktionsmitglied des LaG-Magazins und studentische Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Impressum

Herausgeberin:



**AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK**

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:

Gefördert mit Mitteln des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt und des Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Dr. Katharina Trittel (V.i.S.d.P.) und Sabrina Pfefferle;
Dr. Hannah Lotte Lund (für das FGZ)

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: dia° Netzwerk für Kommunikation

Lektorat: Barbara Driesen (Wissenschaftsdienst) und Ulf Heidel

Titelbild: Titelblatt der Publikation „Was muss das Volk vom Dritten Geschlecht wissen“, Leipzig 1901. Quelle: Magnus Hirschfeld, Wikimedia Commons, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0a/Aufklaerungsschrift_magnus_hirschfeld.jpg

ISSN: 2941-6094

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

